

## GRUNDWERTE DER SOZIALDEMOKRATIE<sup>2</sup>

### Eine vergleichende Analyse der ideologischen Vorstellungen der Mitgliedsparteien der SPE

*Die gegenwärtige Krise der Sozialdemokratie ist in die Fundamente einer vielschichtigen globalen Krise von Wirtschaft und Politik eingebettet. Daher ist die Erarbeitung einer Vision, die angemessene Antworten auf die Herausforderungen eines neuen Jahrhunderts geben kann, nicht nur eine Frage des Überlebens der Sozialdemokratie in der heutigen Zeit, sondern auch der Etablierung einer neuen Ordnung, mit der die zusammengebrochene Ordnung der Nachkriegszeit ersetzt werden könnte.*

*Der Erfolg eines Erneuerungsprozesses hängt davon ab, inwieweit die Sozialdemokratie sich von veralteten Mythen und Selbstbildern befreien kann. Für die Wiedergewinnung der Glaubwürdigkeit ist es weder nötig, den ideologischen Verrat zu leugnen, der häufig der Preis des Regierens war, noch ist dafür das Versprechen erforderlich, zu historischen Werten zurückzukehren. So scheint es zumindest, wenn man anerkennt, dass die Zeiten der Stammwählerschaften vorbei sind, die Wahlbeteiligungen von Wahl zu Wahl weiter sinken und die Motivation, die Occupy-Bewegungen oder Indignados (Empörte) auf die Straßen bringt, auch nicht dem üblichen Muster folgt. Deshalb muss dieser Erneuerungsprozess unbedingt von Anfang an auf einem neuen Verständnis von Politik und von der Rolle politischer Parteien aufbauen und perspektivisch über den nächsten Wahlerfolg hinausgehen.*

*Die Sozialdemokratie in Europa muss nach vorne blicken und sich von der Vorstellung lösen, dass ihre Aufgabe immer noch darin besteht, durch die Vermittlung zwischen Kapital und Arbeiterklasse für den sozialen Frieden zu sorgen. Stattdessen muss sie einen europaweiten Gesellschaftsvertrag unterbreiten, der auf fortschrittlichen Werten beruht, die das verfolgen, was die Menschen allgemein als grundlegende Verpflichtungen verstehen. Dazu muss es ihr gelingen, jene Grundwerte und deren Beziehungen untereinander*

---

<sup>1</sup> Die Foundation for European Progressive Studies (FEPS) wurde Ende 2007 gemäß europäischen Bestimmungen für politische Stiftungen gegründet. Sie steht der Sozialdemokratischen Partei Europas (SPE) nahe, ist aber unabhängig von ihr. Ihr Sitz ist Brüssel und derzeit sind ihr 80 Organisationen als Mitglieder angeschlossen, von denen 41 sozialdemokratische Expertenkommissionen und Stiftungen aus den EU-Mitgliedsstaaten sind. Die Arbeit der FEPS (Forschung und andere Aktivitäten) beruht auf vier Säulen: dem Forschungsprojekt Next Left, der europäischen Gesellschaft, nachhaltiger Wirtschaft und globaler Solidarität. Zu den regelmäßigen Publikationen gehören die Bücher der Next-Left-Serie, die wissenschaftliche FEPS-Zeitschrift *Queries* und das populäre FEPS-Magazin *Fresh Thinking*.

Next Left wurde im Juni 2009 als europaweiter Rahmen für die Reflexion über den Zustand und die Zukunft der Sozialdemokratie eingerichtet. Im Verlauf der drei Jahre beteiligten sich eine beeindruckende Zahl an herausragenden Wissenschaftlern, Politikern und Experten an dem Projekt (sowohl auf europäischer als auch auf nationaler Ebene), deren Überlegungen zusammen mit der von der FEPS durchgeführten Forschung das Material für die erfolgreiche Buchserie Next Left und mehrere Ausgaben von *Queries* lieferten. Diese Initiative wird mit freundlicher Unterstützung des Renner-Instituts und Dr. Alfred Gusenbauer durchgeführt, dem früheren österreichischen Bundeskanzler, der Vorsitzender des Projektes ist.

<sup>2</sup> Dieser Artikel basiert auf der FEPS-Studie von A. Skrzypek »A comparative analyses of core values of PES member parties and the ideological evolution within the PES«, die im Rahmen des Forschungsprojekts Next Left durchgeführt und in dem Buch E. Stetter, K. Duffek, A. Skrzypek (Hrsg.) *Next Left vol. IV – Progressive Values for the 21<sup>st</sup> century*, FEPS Belgien 2011, veröffentlicht wurde.



neu zu interpretieren und zu sinnvollen Konzepten werden zu lassen, die wieder eine Unterscheidung zwischen links und rechts ermöglichen.

Auf der Grundlage der empirischen Studie »A comparative analyses of core values of PES member parties and the ideological evolution within the PES«<sup>3</sup> zielt dieser Artikel darauf ab, die ideologische Identität der sozialdemokratischen Parteien in Europa auszuwerten. Die ursprüngliche Forschungsarbeit ging der Frage nach, wie eine Erneuerung der Sozialdemokratie in Zeiten einer vielschichtigen Demokratiekrise und dem erbärmlichen Zustand der die Demokratie konstituierenden Elemente, wie der Legitimität der politischen Repräsentation, überhaupt möglich sein kann. Sie erstellte einen Überblick über die als Grundwerte anerkannten Werte und ihre jeweiligen Auslegungen. Die Untersuchungsergebnisse auf nationaler Ebene wurden anschließend auf internationaler Ebene miteinander verglichen. Für den hier vorliegenden Artikel wurde der Teil weggelassen, der sich ausschließlich mit der programmatischen Entwicklung der Sozialdemokratischen Partei Europas von 1992 bis 2009 befasst. Schwerpunkt in diesem Artikel ist die vergleichende Analyse von Mitgliedsparteien der SPE und ihren jeweiligen Programmen. Dabei soll eine Reihe interessanter Leitlinien formuliert werden, die der Sozialdemokratie vielleicht den Weg in ein neues Jahrhundert ebnen könnten.<sup>4</sup>

## Präzisierung einer Definition von Werten

Die empirische Studie basiert auf den SPE-Mitgliedsparteien und den jeweiligen von ihnen selbst als entscheidend und grundlegend erachteten Dokumenten, in denen ihre ideologischen Überzeugungen festgeschrieben sind. Die erste Schwierigkeit bei der Identifizierung relevanter Quellen zwischen den vielen unterschiedlichen Dokumenten bestand darin, dass *Werte* extrem komplizierte Konzepte sind.<sup>5</sup> Hinzu kommt, dass die Dokumente der einzelnen Parteien ganz anders aufgebaut sind. In den unterschiedlichen wissenschaftlichen Disziplinen sind diverse Definitionen zu finden, was genau unter dem Begriff *Wert* zu verstehen ist, an einem universellen Konzept, mit dem alle übereinstimmen, scheint es jedoch zu fehlen<sup>6</sup> – ein *theoretisches Vakuum*.<sup>7</sup> Das führt zu einer gewissen Unergründlichkeit, was »ein (Grund-)Wert« nun eigentlich ist und was ihn beispielsweise von einem politischen Grundsatz unterscheidet.

<sup>3</sup> Skrzypek, A. »A comparative analyses of core values of PES member parties and the ideological evolution within the PES«, in: E. Stetter, K. Duffek, A. Skrzypek (Hrsg.) *Next Left vol. IV – Progressive Values for the 21<sup>st</sup> century*, FEPS Belgien 2011

<sup>4</sup> Die Frage nach der Parteienidentität ist auch aus anderen Gründen sehr wichtig. Obwohl sie den Rahmen dieser Studie sprengt, ist sie eine Überleitung zu den Themen und fortschrittlichen Antworten auf eine sich verändernde Gesellschaft. Einige Autoren sind der Auffassung, dass die Festlegung der Identitätsfrage die Politik des 21. Jahrhunderts genauso prägen wird, wie es die Definition des Klassenbegriffs im 19. Jahrhundert tat. Viele Autoren unterstreichen, dass man Werte in dem Zusammenhang betrachtet sollte, in dem sie formuliert werden. Abramson und Inglehart stellen heraus, dass das Verständnis von Werten sich zusammen mit dem *kulturellen Wandel* vom Materialismus (wirtschaftlicher und physischer Sicherheit) zum Post-Materialismus (größere Betonung von Freiheit, Selbstentfaltung und Lebensqualität) geändert habe. Die Folgen dieses Wandels sind in der Aushöhlung der früheren sozialen Klassenidentifikation sichtbar, der Trennlinie zwischen links und rechts. Im Zusammenhang mit neuen politischen Themen, höherem Niveau an Bildung und Bewusstsein, mehr Medien im öffentlichen Leben besteht Bedarf an neuen Antworten.

<sup>5</sup> Wesley Hall, E., *What is value?*, The International Library of Philosophy, Routledge London 2000 (basiert auf dem ursprünglichen 1952 veröffentlichten Text)

<sup>6</sup> Schwarz, S., *Basic Human Values*, Papier für die Konferenz über *Quality and Comparability Measures for Constructs in Comparative Research: Methods and Applications*, Bozen, Italien 10.–13.6.2009

<sup>7</sup> Graeber, D., *Towards an anthropological theory of values: the false coin of our own dreams*, Palgrave New York 2001

Bei der großen Vielfalt der zur Verfügung stehenden Definitionen galt es, sich für eine eigene nutzbare zu entscheiden. Die Studie »A comparative analyses of core values of PES member parties and the ideological evolution within the PES« folgte diesen Definitionen:

- ein *Grundwert* ist ein Ideal, das die Säule einer Vision bildet, die eine Gruppe (hier eine politische Partei) umsetzen will. Werte sind Motivationen für und Determinanten von Handlungen. Wie die Werte verstanden werden, hängt vom sozio-kulturellen Kontext ab. Auch wenn ihre Grundbedeutung immer unverändert bleibt, ändert sich ihre Interpretation, damit sie in der heutigen Zeit verständlich sind und man sich mit ihnen identifizieren kann.<sup>8</sup>
- *Grundwerte* ergänzen sich gegenseitig und existieren nebeneinander als *Wertesystem*. Die Art und Weise, wie sie sich voneinander ableiten oder gegenseitig bedingen, hängt von der Gruppe/Partei ab, die sie als Werte identifizieren.
- *Prinzipien* haben ihre Wurzeln in den *Grundwerten* und bilden eine Brücke zwischen ihnen und den *Verhaltensnormen*. Sie sind die Punkte, an denen die Ideale in konkrete(re) politische Leitlinien umgesetzt werden.
- Eine *Vision* ist eine Idee, wie die Dinge (die Welt) sind, und eine unerlässliche Projektion, wie die Dinge (die Welt) sein sollten. Werte und Visionen beeinflussen sich gegenseitig. Sie sind eine Art Landkarte, eine Agenda für Denk- und Handlungsweisen.
- Ein *Paradigma* ist eine intellektuell entwickelte Einheit, die gleichzeitig ein wissenschaftliches Gesetz, ein Theorieansatz und ein Instrumentarium ist. *Paradigmen* werden von *Visionen* angestoßen. Im Allgemeinen wird eine erfolgreiche *Gesellschaftsvision* gemeinsam mit einem entsprechenden *Paradigma* entwickelt. Der Unterschied ist, dass eine *Vision* überleben und sich nach ihrer eigenen internen Logik weiterentwickeln kann, während ein *Paradigma* auf empirisch beweisbare Theorien und Hypothesen angewiesen ist.<sup>9</sup>

Die Begriffe, wie sie hier beschrieben sind, bilden die methodologische Basis für diesen Artikel. In der erwähnten empirischen Studie werden sie ausführlicher erläutert.

## Klassifizierung der Dokumente mit den Grundwerten

### 2.1. Deklaration, Parteiprogramm, Wahlmanifest und Satzung

Der Titel der FEPS-Studie »Progressive Values in the 21<sup>st</sup> century« ließ darauf schließen, dass die modernen, zeitgenössischen Dokumente der Parteien im Mittelpunkt der Untersuchung stehen sollten, also die Dokumente, aus denen hervorgeht, welches Wertesystem die betreffende Partei heute anerkennt und zur Grundlage ihrer politischen Arbeit macht. Bis auf zwei Ausnahmen blieben daher alle historischen (Gründungs-)

---

<sup>8</sup> Abramson, P.R. und Inglehart, R. *Value Change in a Global Perspective*, University of Michigan Press 1996, S. 3

<sup>9</sup> Ebd., S. 230-243

Deklarationen unberücksichtigt. Bei der belgischen Parti Socialiste (PS BE) gilt die ursprüngliche »Charta von Quaregnon« von 1894 noch heute als die Grundsatzklärung der Partei, und bei der panhellenischen sozialistischen Bewegung PASOK sind die Grundwerte der Partei in der Gründungserklärung von 1974 aufgelistet. Aus den zusammengetragenen Materialien wurde deutlich, dass die SPE-Mitgliedsparteien sich sehr darin unterscheiden, wie sie ihre Grundwerte kundtun, interpretieren und in Handlungen umsetzen. Einige der Parteien entschieden sich für die Annahme einer *Deklaration von Werten* (bzw. eines *Grundsatzprogramms*), und andere führen ihre Werte in ihren Wahlmanifesten auf. In mehreren Fällen bleiben die Werte nur eine ideologische Präambel, während sie in anderen Fällen in mehr oder weniger konkrete Prinzipien übersetzt werden oder tief in den Parteistatuten verwurzelt sind. Daher gibt es kein einheitliches europaweites Modell. Die Unterschiede sind in Tabelle 1 dargestellt.<sup>1011</sup>

Tabelle 1: Klassifikation der Dokumente mit den Werten der SPE-Mitgliedsparteien

Partei	Deklaration der Werte	Parteiprogramm	Wahlmanifest	Gründung/Satzung
SPÖ	Grundsatzprogramm <sup>12</sup> (1998)			
SP.a	Beginsverklaring (2010)			
PS BE	La Charte de Quaregnon <sup>13</sup> , (1894)			
BSP		Über Bulgarien. Freie Bürger. Gerechter Staat. Kohäsive Gesellschaften. (2008)		
ČSSD		Střednědoby program <sup>14</sup> (1998)		
SD DK	Hånden på hjertet <sup>15</sup> (2004, 2011)			
SDE		SDE Program (2003)		
SDP	Zu einer Welt sozialer Gerechtigkeit <sup>16</sup> . (1999)			
PS FR	Déclaration de principes <sup>17</sup> (2008)			
SPD	Grundsatzprogramm (2007)			
PASOK	Gründungserklärung (1974)			
MSZP			Fortschritt – Sicherheit – Demokratie (2009)	

<sup>10</sup> Aus der Tabelle ist zu entnehmen, dass einige SPE-Mitglieder nicht in die Studie einbezogen wurden: die sozialdemokratischen Parteien Zyperns (EDEK), Ungarns (MSZDP), Italiens (PS und DS), Polens (UP) und der Slowakei (SMER). Der Grund dafür ist, dass von ihnen keine Dokumente zur Verfügung standen. Allein die Sammlung der Daten, die Übersetzungen und die Autorisierung der Übersetzungen nahm schon einige Monate in Anspruch. Neben den Parteien aus englischsprachigen Ländern sind es ausschließlich die Parteien der nordischen Länder, die ihre wichtigsten Dokumente auch auf Englisch auf ihre Websites stellen. Angesichts dessen dankt die Autorin an dieser Stelle nochmals allen Kollegen und Kolleginnen aus den jeweiligen SPE-Mitgliedsparteien und den Kollegen und Kolleginnen vom FEPS-Team für ihre außerordentliche Hilfe bei der Identifizierung, der Suche und Übersetzung der Dokumente – ohne diese Unterstützung wäre die Studie nicht möglich gewesen.

<sup>11</sup> Die meisten Tabellen der ursprünglichen FEPS-Studie würden zum Zweck einer erheblichen Kürzung des Artikels weggelassen, diese Tabelle wurde jedoch im Text belassen, weil sie auch als Verzeichnis der zusammengetragenen Quellen dient.

<sup>12</sup> SPÖ, *Das Grundsatzprogramm*, [www.spo.e.at](http://www.spo.e.at)

<sup>13</sup> 1894: la Charte de Quaregnon; [www.ps.be](http://www.ps.be)

<sup>14</sup> [www.cssd.cz/dokumenty](http://www.cssd.cz/dokumenty)

<sup>15</sup> <http://s-dialog.dk>

<sup>16</sup> <http://www.sosialdemokraatit.fi/en/node/2492>

<sup>17</sup> <http://www.parti-socialiste.fr/le-ps/nos-valeurs>

Partei	Deklaration der Werte	Parteiprogramm	Wahlmanifest	Gründung/Satzung
ILP				Constitution of the Labour Party <sup>18</sup> (2009)
LSDSP		LSDSP-Kurzprogramm		
LSDP			Das politische Programm der Kommunen <sup>19</sup> (2011)	
LSAP	Grundsatzprogramm <sup>20</sup> (2002)			
MLP				Statut
PvdA	Beginselmanifest <sup>21</sup> (2005)			
DANN/AP <sup>22</sup>			Neue Solidarität. Die Plattform der norwegischen Arbeiterpartei (2005 – 2009) <sup>23</sup>	
SLD			Jutro bez obaw. Program dla Polski. <sup>24</sup> (2011)	
PS PT	Declaração de principios <sup>25</sup> (2002)			
PSD				Statuten
SD SI			Odgovornost za spremembe, Alternativni vladni program Socialnih demokratow (2008-2012) <sup>26</sup> .	
PSOE				Statuten <sup>27</sup>
SAP		Parteiprogramm der SAP (2001) <sup>28</sup>		Satzung der SAP (2009)
LP UK				10 Constitutional Rules (1995 überarbeitet) <sup>29</sup>

Etwas verallgemeinernd lässt sich sagen, dass eine *Deklaration der Werte* in erster Linie von SPE-Mitgliedsparteien aus Mittelwesteuropa verwendet wird (und dazu von zwei Parteien aus südlichen Ländern, Griechenland und Portugal, und zwei Parteien aus dem Norden, aus Dänemark und Finnland). *Parteiprogramme* und *Wahlmanifeste* sind am häufigsten bei Parteien aus Mittelosteuropa und Südosteuropa zu finden (und dazu bei zwei Parteien aus dem Norden, aus Norwegen und Schweden). *Statuten* sind das Dokument der Wahl in der angelsächsischen Tradition (außerdem von jeweils einer Partei aus Schweden, Spanien und Rumänien). Zu der Kategorisierung ist allerdings anzumerken, dass die in den Kategorien 1 bis 3

<sup>18</sup> <http://www.labour.ie/party/constitution> und <http://www.labour.ie/principles/>

<sup>19</sup> Lietuvos Socialdemokratų Partijos 2011 metų rinkimų į vietas savivaldybes programos nuostatos.

<sup>20</sup> Das LSAP-Grundsatzprogramm wurde vom außerordentlichen Kongress am 21. Oktober 2002 in Esch/Alzette angenommen. [www.lsap.lu](http://www.lsap.lu)

<sup>21</sup> Beginselmanifest – Partij van de Arbeid; Vastgesteld door het congres van de Partij van de Arbeid, 29 januari 2005. [www.pvda.nl](http://www.pvda.nl)

<sup>22</sup> *Det norske Arbeiderparti* (DNA) hat im April 2011 ihren Namen in *Arbeiderpartiet* (AP) geändert. Da in den offiziellen Dokumenten der SPE oftmals noch die alte Bezeichnung führt, werden im Text beide Abkürzungen verwendet.

<sup>23</sup> *New solidarity. The Norwegian Labour Party's Platform 2005-2009*. [www.arbeiderpartiet.no](http://www.arbeiderpartiet.no);

<sup>24</sup> Jutro bez obaw. Program dla Polski, Sojusz Lewicy Demokratycznej. [www.sld.org.pl](http://www.sld.org.pl)

<sup>25</sup> Declaração de principios; [www.ps.pt/declaracao-de-principios](http://www.ps.pt/declaracao-de-principios)

<sup>26</sup> Odgovornost za spremembe, Alternativni vladni program Socialnih demokratow 2008-2012, Ljubljana, 5.julij 2008. [www.socialnidemokrati.si](http://www.socialnidemokrati.si)

<sup>27</sup> Estatutos, PSOE Congreso federal; 04, 05 y 06|07|08. PSOE la fuerza del cambio. [www.psoe.es](http://www.psoe.es)

<sup>28</sup> *The Constitution of the Swedish Social Democratic Party – Adopted at the ordinary party congress of 2009 and Party program of the Social Democratic Party, Adopted by the Party Congress in Västerås 6 November 2001*. [www.socialdemokraterna.se](http://www.socialdemokraterna.se)

<sup>29</sup> Labour counts. The 10 Constitutional Rules of the Labour Party (Clauses 1-10). [www.labourcounts.com/constitution.htm](http://www.labourcounts.com/constitution.htm)

genannten Parteien natürlich auch in ihren jeweiligen Statuten oder Satzungen auf ihre Werte verweisen, aber bei diesen Parteien sind Statuten bzw. Satzung nicht das einzige (Kern-)Dokument, in dem ihre Ideologie zur Sprache kommt.

## 2.2. Ex-ante- oder Ex-post-Erneuerungsprozess?

Die Ausführungen in der Einleitung legen nahe, dass eine Neuauslegung der Werte vonnöten ist, um sie zu brauchbaren Konzepten für das 21. Jahrhundert zu machen, und werfen die berechnete Frage auf, wie lange die Proklamation von Werten Gültigkeit hat.

In diesem Zusammenhang ist erwähnenswert, dass sich einige Parteien gerade einem tiefgreifenden Erneuerungsprozess unterziehen, unter anderem die deutsche SPD, die britische Labour Party (LP UK) und die schwedische Socialdemokriska Arbetarepartiet (SAP)<sup>30</sup>. In der Labour Party läuft der Erneuerungsprozess unter dem Motto »Refounding Labour – a party for the new generation«. Im Vorwort dieses von Peter Hain (Vorsitzender des *National Policy Forum*) verfassten Dokuments verweist der Parteivorsitzende Ed Miliband auf die Jahre von Labour in der Regierung und die Wahlniederlage von 2010 als Anstoß zur Veränderung. Er umreißt das Ziel des Prozesses als *Sanierung, Restaurierung und Reform* der Partei und als Vorbereitung auf neue Kämpfe. Das Dokument ist öffentlich zugänglich und jeder kann (bis zum 24.6.2012) Kommentare zu den verschiedenen im dem Papier aufgelisteten Themen abgeben. Die SAP verabschiedete ihre Leitlinien für den Erneuerungsprozess der Partei auf einem außerordentlichen Parteitag im März 2011. Das Dokument trägt den Titel »Ein Schweden für morgen« und enthält eine Reihe von Kriterien zur Überprüfung der Parteiorganisation. In dem Dokument wird unterstrichen, dass die SAP *als Organisation gestärkt werden und ihre volle Kraft als breite fortschrittliche Partei in der schwedischen Politik auf einem soliden Fundament als Volksbewegung zurückgewinnen* müsse. Dies erfordere eine größere Offenheit und veränderte Haltung der Partei und ihrer Abgeordneten sowie die Suche nach neuen Wegen, Interesse an den Menschen zu zeigen und ihnen zu begegnen. Es wird mehrfach betont, dass *die Mitglieder die Partei* ausmachen.

Mit Blick auf die Beispiele und ungeachtet dessen, wie zeitaufwändig diese Prozesse waren, ist klar, dass die Erstellung einer Deklaration bzw. eines Grundsatzprogramms ein äußerst anspruchsvoller Prozess ist. Zunächst einmal ist eine *starke Motivation zur Erneuerung* nötig. Es muss ein relevanter Grund vorliegen, den nicht nur die Parteispitze als solchen wahrnimmt, sondern vor allem die Mitglieder und die Bürger (als mögliche zukünftige Wähler und Unterstützer). Zweitens *verlangt der Prozess eine Legitimität*. Diese hängt einerseits von der Autorität der für die Erarbeitung des Dokuments Zuständigen ab und andererseits von der Glaubwürdigkeit, die sich in den verschiedenen Phasen des Prozesses immer von Neuem bestätigen muss. Drittens muss dem Prozess *ausreichend Zeit eingeräumt werden, um sicherzustellen, dass er gründlich durchgeführt wird* und dass jeder die Chance zu einem Beitrag erhält, was der einzige Weg ist sicherzustellen, dass die Mitglieder sich damit identifizieren können und beteiligt fühlen. Die Anstrengungen und der Zeitaufwand sind zusätzliche Elemente, die den Respekt für das Endergebnis sichern und verhindern, dass innerhalb kurzer Zeit wieder Forderungen

---

<sup>30</sup> Die Studie wurde vor dem Führungswechsel an der Parteispitze im Januar 2012 fertiggestellt.

nach einem solchen Erneuerungsprozess laut werden oder dass versucht wird, dieses Ergebnis durch ein anderes Dokument mit weniger starker Verankerung zu ersetzen.

### **2.3. Inspirierende Vision und methodische Erklärung**

Die Texte der Parteien weisen sehr unterschiedliche Längen auf. Deklarationen (als selbständige Texte, Präambeln oder Abschnitte in den Satzungen) sind in der Regel eher kurz. Mit nur zwei Seiten aus dem Jahr 1894 ist die der PS BE die kürzeste. Im Laufe der Jahre haben die Parteien nach und nach ausführlichere Dokumente bevorzugt, wofür eine ganze Reihe von Gründen zur Erklärung herangezogen werden könnte. Vermutlich hängt es zum einen mit der zunehmenden Komplexität von Politik zusammen und wurde durch den Wunsch ausgelöst, glaubwürdige (also gut argumentierte) Antworten auf alle möglichen Fragen zu geben. Das scheint wiederum mit der Entwicklung des Parteiensystems im Zusammenhang zu stehen, dass aus dem Nichts auftauchende Parteien zu Volksbewegungen werden. Es könnte möglicherweise auch unglaubwürdig klingen, eine Antwort auf alle Fragen parat zu haben, weshalb einige Parteien versuchen, diesem Eindruck entgegenzuwirken. Beispielsweise schreibt die Luxemburger Sozialistische Arbeiterpartei (LSAP): *Wir behaupten nicht, für jedes Problem gleich die passende Antwort zu haben.* Auch wenn mehrere der Texte ziemlich ins Detail gehen, lässt sich zunächst einmal herausstellen, dass alle sozialdemokratischen Parteien sich der Offenheit verschreiben und jede Form von Dogma ablehnen. Unter dem Strich scheint es, dass ein Gleichgewicht gefunden werden muss zwischen inspirierender Vision und methodischer Erklärung.

Die Grundsatzprogramme sind länger als die Deklarationen und reichen von sieben (LSAP) bis hin zu 78 Seiten (SPD). Diese Dokumente werden häufig von einer ideologischen Präambel eingeleitet (kann dasselbe sein wie eine Deklaration), enthalten eine Auflistung der Werte mit ihren Definitionen (und dem Hinweis, wie diese Werte in Prinzipien übertragen werden), politische Entscheidungen und die Organisationsstrukturen der jeweiligen Partei. Die Übertragung der Werte in politisches Handeln gilt bei den Parteien als Beweis für ihre Glaubwürdigkeit.<sup>31</sup> Die Bedeutung von Konzepten wie *Vertrauen*, *Glaubwürdigkeit* und *Legitimität* ist offensichtlich; bei einigen Parteien – der ungarischen Szocialista Párt (MSZP), estnischen Sotsiaaldemokraatlik (SDE) und schwedischen SAP – werden sie in den verschiedenen Texten mehrfach wiederholt. In einigen Fällen wird sogar *politische Verantwortung* in den Rang eines Wertes erhoben und einige Parteien geben darüber hinaus noch eine Erklärung ab, worum es ihrem Verständnis nach bei Politik (einer auf Werten beruhenden Politik) überhaupt geht (so eine Erklärung findet sich beispielsweise im Text der LSAP).

Die längsten Dokumente sind natürlich die Wahlmanifeste. Sie sind de facto die detaillierten Programme für eine mögliche Regierungsarbeit, denn die Parteien ja hoffen, als Ergebnis der Wahlen diese Regierung bilden zu können. Das ausführlichste Wahlmanifest ist das des polnischen Bunds der Demokratischen Linken (SLD) mit 217 Seiten. Das mit 70 Seiten wesentlich kürzere der norwegischen Arbeiderparti (DNA) ist jedoch keineswegs weniger gründlich. Es bildet einen sehr interessanten Rahmen, in dem den Beschreibungen der Herausforderungen jeweils eine Stichwortliste mit Antworten folgt, in denen deutlich auf Grundwerte Bezug genommen wird. Dieses Format scheint eine attraktive Art darzustellen, in der

---

<sup>31</sup> Diese Beobachtung ist vor dem Hintergrund der einleitenden Bemerkungen über die vielschichtige Krise der Demokratie relevant.



die Parteien ihre Kenntnisse über die aktuellen Herausforderungen kundtun und mit ihren auf Werten basierenden Lösungsvorschlägen versehen können.

Und nicht zuletzt zeichnet der Rahmen, in dem die Werte platziert werden, vor, ob sie als konkrete Ideale beschrieben werden oder ob sie in Abgrenzung zu den Werten, die die Sozialdemokraten mit ihren politischen Gegnern assoziieren, umrissen werden. Die Tendenz geht dahin, dass Werte, die in Wahlmanifesten erklärt werden, eher als Abgrenzungen und Alternativen präsentiert werden (siehe die Manifeste der MSZP und SLD<sup>32</sup>). Sind die Werte dagegen beispielsweise die Säulen der Parteistatuten oder -satzung, werden sie als konkrete Ideale beschrieben, die vielleicht nicht einmal mit anderen Werten vergleichbar sind. Die Mehrheit der Parteien entschied sich dafür, ihre Werte als eigenständige Konzepte zu erklären und nicht gegen andere Werte zu gewichten. Vielleicht spiegelt sich darin auch der Trend wider, der bei einigen Parteien zum Ausdruck kommt, nämlich den *positiven Charakter der sozialistischen Politik* herauszustellen (siehe LSAP) oder aber die Überzeugung, dass Demokratie schon immer mit Pluralismus und Vielfalt einherging und dies auch weiterhin tun wird (bei der flämischen Socialistische Partij Anders, SP.a, heißt es zum Beispiel, dass *ein Vielparteiensystem Voraussetzung für die Demokratie* sei).

## 2.4. Die Rolle der Menschen und der Gesellschaft

Einige Parteien verknüpfen die Auslegungen und den Geltungsbereich der Werte mit den Menschen und der Gesellschaft (das ist vor allem bei den mittel- und westeuropäischen Sozialdemokratien der Fall), die anderen stellen eher eine Verbindung zur Gestaltung und den Aufgaben eines Rechtsstaates her (das gilt insbesondere für die Parteien aus Mittelosteuropa, aber auch für die nordischen). Eine interessante Frage ist, ob die Parteien bei der Ausarbeitung ihrer Programme an konkrete Individuen und Mitglieder der Gesellschaft denken. Von der Geschichte der Bewegung ausgehend könnte man Verweise auf bestimmte Gruppen erwarten, an die sich die Botschaft richtet, wie es mit der Arbeiterklasse der Fall war. Diese Erwartungen werden aber enttäuscht. Die Grundwerte, die Prinzipien und die an diesen orientierte Politik richten sich an *die Menschen* im Allgemeinen.<sup>33</sup> Von ganz wenigen Ausnahmen wie der irischen Labour Party (ILP) abgesehen, verschwand das Konzept des Arbeiters und des Klassenkampfes aus den Texten.<sup>34</sup> Gleichzeitig wird häufig auf die Grundideen verwiesen, dass *alle Menschen gleichwertig sind* und *jeder für sein Leben verantwortlich ist*. Das erklärt vielleicht zum Teil, warum die Verbindung zwischen Parteien und *Stammwählern* nicht mehr existent oder zumindest nicht mehr so stark ist. Sobald die Parteien sich einerseits zu Volksparteien<sup>35</sup> entwickelt haben und andererseits die Identifikation einer Gruppen- oder Klassenzugehörigkeit durch Prozesse wie die Individualisierung insgesamt geschwächt wird, ist kaum noch zu erwarten, dass eine Gruppe sich ausschließlich mit einer bestimmten Partei identifiziert.

<sup>32</sup> Die SPD porträtiert sich allerdings in ihrem Grundsatzprogramm als eine Alternative zu Konservativen und Liberalen und ist damit eine Ausnahme von der hier formulierten Regel.

<sup>33</sup> Auch wenn sich bei einigen Parteien indirekte Verweise finden – beispielsweise sieht sich die PS FR als eine »in der Arbeitswelt verankerte« Partei.

<sup>34</sup> Die Autorin verzichtet hier bewusst auf eine Diskussion der Klassentheorie und ihre heutige Bedeutung.

<sup>35</sup> In der Politik gilt eine Partei als Volkspartei, wenn sie Menschen mit unterschiedlichen Ansichten ansprechen will und für Parteimitgliedschaft keine bestimmte Ideologie zur Bedingung macht.



## 2.5. Die Rolle des historischen Erbes

Für die Sozialdemokratie spielt ihre Tradition eine wichtige Rolle beim Identitätsaufbau. Es waren historische Umstände, die zum Entstehen der Bewegung führten (was in der Deklaration der PASOK deutlich zum Ausdruck kommt), und die Sozialdemokratie fühlt sich auch verpflichtet, Geschichte zu schreiben. Zusammengefasst lässt sich sagen, dass für die Sozialdemokraten *Tradition, Mission und Vision* schon immer zusammengehörten. Das Gros der Parteien bringt dies in ihren Parteiprogrammen zum Ausdruck, während sie gleichzeitig auf die historischen Umstände verweisen, unter denen sie entstanden und wirkten. Dies steht im direkten Zusammenhang mit der wichtigsten philosophischen Grundlage, aus der die Bewegung hervorging – dem historischen Materialismus.

Bei der Analyse der in Tabelle 1 aufgelisteten Texte fiel als erstes auf, dass die Parteien sich selbst als *historische Akteure* bezeichnen. Diese Charakterisierung beanspruchen sie für sich nach mehr als 150 Jahren des Kampfes für eine *bessere Welt*, die sich nach der Umsetzung ihrer Grundwerte herausbilden würde. Die emotionale Verknüpfung mit der Vergangenheit (wie man den zum Ausdruck kommenden *Stolz* nennen könnte) zeigt, dass sie sich als Teil bestimmter Gegebenheiten (politische Bühne, institutionelles System usw.) begreifen. Das ist eine einst als Tradition verstandene Kraftquelle, auf der die politische Arbeit aufbaut. Auf der anderen Seite kann das aber auch in eine Einbahnstraße oder Sackgasse führen, aus der schnell eine abwertende Charakterisierung der Sozialdemokratie werden kann, dass sie sich zu einem *Establishment* entwickelt und ihre Eigenschaften einer kritischen Bewegung eingebüßt habe, die immer in Opposition zu Ungerechtigkeiten gestanden habe. Um hier ein Gleichgewicht zu bewahren, sind die Erklärungen wie die der SP.a oder der DNA, die sich weiterhin als „kritische Bewegungen“ betrachten, sehr wichtige Aussagen.

Darüber hinaus scheint es, dass die Parteien in erster Linie Bezüge zu ihrer internen Geschichte herstellen (als Einzelparteien), zur Geschichte der Bewegung insgesamt oder zu wichtigen historischen Zäsuren (wie der Französische Revolution, die von der Mehrheit der Parteien als ihre Wurzel angesehen wird). Einige Parteien beziehen sich auf ein universelles historisches Erbe (die französische Parti Socialiste, PS FR). Was in keinem der untersuchten Texte vorkommt, ist ein Verweis auf eine gemeinsame europäische Geschichte und auf die sozialdemokratischen Leistungen im Prozess der europäischen Vereinigung. Das erklärt zumindest zu einem gewissen Grad, warum die Konservativen die vorherrschende Rolle bei der europäischen Einigung für sich beanspruchen können.

Zwischen den Parteien bestehen Diskrepanzen im Hinblick auf ihre philosophischen Grundlagen. Die finnische Sozialdemokratin Puolue (SDP) bezieht sich auf das Altertum, andere auf die Aufklärung (SAP), den aufgeklärten Rationalismus (SLD), und den Humanismus (PS FR, die rumänische Partidul Social Democrat, PSD, die bulgarische Sotsialisticheska Partiya, BSP, und die DNA). Auf der anderen Seite gibt es auch Parteien, die sich auf das Christentum (SPD, SDP), freikirchliche Bewegungen (SAP) und das Judentum (SPD) beziehen, während andere sich zu ihrer säkularen Geisteshaltung (PS FR) oder ihrem Säkularismus im Verbund mit Antiklerikalismus (LSAP) zu bekennen. Diese Beobachtungen lassen darauf schließen, dass die Debatte über religiöses Erbe so etwas wie eine Grauzone darstellt. Denkt man hier einerseits an die gesellschaftliche Debatte in Europa und andererseits an die politische Diskussion (wie den Streit um den Gottesbezug in der Präambel

des Gründungsvertrags der EU), könnte man annehmen, dass dieses Thema eine mögliche Quelle interner Spannungen in der SPE ist. Aber nur eine *mögliche*, denn Religion und Sozialdemokratie sind keine Gegensätze – wie die Sozialdemokratische Partei Österreichs (SPÖ) in ihrem Grundsatzprogramm explizit feststellt, was aber Marx's Definition von Religion als *Opium des Volkes* negiert.

Eine interessante Tendenz ist in den Dokumenten der mittelosteuropäischen Parteien zu erkennen, insbesondere bei SLD und PSD. Diese beiden Parteien scheinen ihre postkommunistische Bürde bewältigt zu haben. Stattdessen knüpfen sie an jene frühen Momente ihrer Geschichte an, als sie eine wesentliche Rolle spielten und nehmen das als Inspiration. Beide verweisen auf die über ein Jahrhundert währende Geschichte des Sozialismus und die Errungenschaften der Mitglieder dieser Bewegungen in der Vergangenheit, besonders im Zusammenhang mit dem Kampf für Freiheit und Demokratie. Die Art und Weise, wie sie ihren historischen Beitrag vorbringen, ist vergleichbar mit dem Ansatz der SPD, wenn sie über die DDR-Zeit spricht. Die SLD spricht in ihrem Dokument einen wichtigen Punkt an, als sie erklärt dass *allein die Wähler entscheiden, wie viel die Sozialdemokratie sich erlauben könne*. Das ist die Antwort einer neuen Generation auf das, was die vorhergehende (aus den 1990er Jahren) behauptete, nämlich dass *die Sozialdemokratie sich aufgrund ihrer kommunistischen Vergangenheit weniger erlauben könne*. Beide Erklärungen sind ein deutliches Zeichen, dass die Parteien als modern und europäisch angesehen werden wollen, als Parteien, die das kommunistische Gespenst hinter sich gelassen haben und bereit sind, nach vorne zu blicken.

## **2.6. Das Selbstbild: Modern und offen**

Genauso wichtig für die große gesellschaftliche Mission ist, wie die Parteien versuchen, sie umzusetzen und welche Prinzipien ihre organisatorische Arbeit leiten, und ihnen die Verwirklichung ihrer Ziele zu ermöglichen. In fast allen Texten sind konkrete Selbstbilder der Parteien zu finden. Innerhalb der SPE-Familie gibt es keine Partei, die sich gegenwärtig als revolutionär beschreiben würde. Alle entschieden sich für einen *demokratischen Sozialismus*. In dem Begriff steckt das Bekenntnis zur Demokratie und zur gemeinsamen Erarbeitung von Lösungen in der Gesellschaft. Mehrere Parteien betonen ihre Bereitschaft, Veränderungen über Reformen herbeizuführen (so unter anderem die SAP, LSAP und die portugiesische Partido Socialista, PS PT). Man hört immer noch häufig, dass die eine oder andere Entscheidung von den *sozialistischen und sozialdemokratischen Parteien* getroffen wurde. Da es zwischen sozialistisch und sozialdemokratisch innerhalb der SPE-Familie scheinbar keine großen Abweichungen mehr gibt, stellt sich die Frage, ob auf der Grundlage den neuen gemeinsamen Verständnisses von demokratischem Sozialismus eher mit Parteien der Mitte oder mit links der Mitte angesiedelten Parteien Bündnisse aufgebaut werden könnten.

Die Parteien sehen sich selbst als Akteure innerhalb politischer und legaler Systeme und verpflichten sich auf eine demokratische Grundordnung. Mehrere Parteien weisen auf ihren republikanischen Charakter hin. Die stärkste Aussage kommt von der SAP, die ihren Kampf für die Abschaffung der Monarchie in Schweden fortsetzt – anders als die niederländische Partij van de Arbeid (PvdA), die akzeptiert, dass die Niederlande eine Königin (einen König) haben, solange gewährleistet ist, dass die Monarchie eine rein repräsentative Funktion ausübt.

Einige Parteien erwähnen ihre Zugehörigkeit zur Sozialistischen Internationale (SI) und der SPE. Bei manchen Parteien ist das eine rein formale Erwähnung der Mitgliedschaft in diesen Verbänden (ILP, der lettischen LSDSP, SLD, PSD und PS FR), bei anderen ist es eine allgemeine Erklärung, dass sie sich als Teil dieser Organisationen begreifen (SPD, LSAP, PvdA, LP UK). Es ist unmöglich, hier eine Regel aufzustellen, von welchen Faktoren es abhängt, dass die Parteien direkt oder indirekt auf die internationalen/europäischen Strukturen hinweisen. Es bleibt ein lohnenswerter noch zu debattierender Punkt, warum die Verbindung zur transnationalen Ebene nur sporadisch Erwähnung findet.<sup>36</sup>

Darüber hinaus gibt es zwei Charakteristiken, mit denen die sozialdemokratischen Parteien besonders verbunden zu sein scheinen: *Offenheit* und *Modernität*. Die Parteien wollen als moderne politische Akteure gesehen werden. Es herrscht weitgehende Übereinstimmung, dass das Parteiensystem gerade einen Änderungsprozess durchläuft, wodurch die traditionelle Art und Weise der Organisation einer politischen Partei als Massenpartei in Frage gestellt wird. Die *neue Offenheit*, mit der einerseits neue Mitglieder angesprochen werden sollen und die andererseits neue strategische Bündnisse zulässt, ist der Notwendigkeit geschuldet, sich ein neues Image als Bewegung zu geben. Für einige Parteien ist die *neue Öffnung der Partei ein Schritt im Kampf für eine offene Gesellschaft* und somit für den Erhalt der Demokratie (MSZP und die slowenische Socialni Demokrati, SD SL). Für andere Parteien könnte diese Öffnung auch dazu führen, sie zu einer Volkspartei werden zu lassen (LSAP). *Modernität* bezeichnet die Fähigkeit einer Partei, sich an veränderte Gegebenheiten anzupassen und so als Regierungspartei für das ganze Volk Fortschritt und Modernisierung hervorzubringen (siehe MSZP). Sich einerseits als *historische* und damit glaubwürdige Partei darzustellen und andererseits als *moderne* Partei, die in der Lage ist, mit den heutigen Realitäten umzugehen, sind im Selbstbild der Parteien zwei miteinander vereinbare Charakteristiken.

In den meisten Texten findet das Selbstbild der Parteien nur am Rand der Erklärungen zu ihren Grundwerten und deren Auslegung Erwähnung. Eine bemerkenswerte Ausnahme ist das Dokument der PS FR; es besteht zur Hälfte (12 Artikel) aus Erklärungen zu ihren Werten und zur anderen Hälfte (12 Artikel) aus der Beschreibung der Partei selbst – wie sie sich sieht und wie sie sein möchte.<sup>37</sup> Dies ist ein sehr originelles, ungewöhnliches Schriftwerk.<sup>38</sup>

<sup>36</sup> Einerseits wirkt dies in den Zeiten der Globalisierung merkwürdig und andererseits scheint es, dass die Beschlüsse der vorletzten SPE-Reform von 2001 leider nicht vollständig umgesetzt wurden. (Auf dem SPE-Kongress 2001 in Berlin war beschlossen worden, dass die Mitgliedsparteien in ihren Statuten auf ihre Mitgliedschaft in der SPE hinweisen. In diesem Reformbeschluss wurden keine anderen Dokumente genannt, es kann jedoch als logische Konsequenz gelten, dass sich Statutenänderungen dieser Art auch in anderen Kerndokumenten widerspiegeln.)

<sup>37</sup> Im ursprünglichen Text der FEPS-Studie werden alle 12 Artikel zitiert – für die vorliegende kürzere Version wird hier nur eine Kurzfassung angeführt. Was die PS FR sein möchte: eine republikanische Partei, eine säkulare Partei, eine reformistische Partei, eine Partei für den Feminismus, eine Partei für den Humanismus, eine Partei für die Dezentralisation, eine sich zu sozialer Gerechtigkeit bekennende Partei, eine Partei, bei der Bildung und Kultur zu den Grundwerten gehören, eine europäische Partei, eine internationalistische Partei, eine in der Welt der Arbeit verankerte Volkspartei, eine demokratische Partei und eine Partei, die ein Linksbündnis organisiert.

<sup>38</sup> Bei der Analyse der oben genannten detaillierten Beschreibung der PS FR gelangt man zu drei Schlussfolgerungen. Die erste ist, dass es für eine politische Partei wichtig sein könnte, ihre Werte in einem konkreten handlungsorientierten Leitfadensystem zu verankern. Das bringt die Werte von der Ebene idealistischer Prototypen auf die Ebene umsetzbarer Richtlinien – und vereinfacht es auch für die Mitglieder, diese Werte besser zu verstehen. Die zweite Schlussfolgerung ist, dass eine großartige Vision wohl mit einer Erklärung über die Art der einzusetzenden Instrumente zu ihrer Verwirklichung einhergehen sollte. Daher beginnt der Prozess ihrer Realisierung damit, der Partei eine Gestalt zu geben, die es ihr ermöglicht, die gestellte Aufgabe zu erfüllen. Das setzt die Vereinbarkeit der Vorschläge auf der Makro- und der Mikroebene voraus und folgt der Logik, dass man mit einem Prozess der Veränderung bei sich selbst anfangen muss. Und schließlich zeigt sich hier auch eine Tendenz, dass die von Parteien unterbreiteten Zukunftsvisionen auch beinhalten sollten, wie die betreffende Partei sich selbst entwickeln will.

## 2.7. Ideologische Mission für eine neue Gesellschaft

Gemäß den Arbeitsdefinitionen aus Abschnitt 1 beeinflussen sich die *Grundwerte* und die *Vision* gegenseitig. Die Vision ist und bleibt eine Vorstellung, wie die Welt ist, und gleichzeitig eine Projektion, wie sie sein sollte. Dieses Verständnis verbindet sich mit dem Begriff *Ideologie*. Den Aussagen der Parteidokumente nach zu urteilen, besteht die ideologische Mission der Sozialdemokratie zuallererst darin, einen *Wandel* herbeizuführen. Der Begriff Wandel oder entsprechende Synonyme (wie Veränderung, Entwicklung, Einführung eines neuen ..., Transformation) tauchen in fast allen Dokumenten auf. Das weist auf zwei Charakteristiken der Sozialdemokratie hin.

Zum einen ist deutlich, dass *Progressive in Opposition zum Status quo stehen*. Damit sind die kritische Bewertung der Realität und das Streben nach einer erheblichen Verbesserung gemeint.<sup>39</sup> Die hier zu stellende interessante Frage lautet daher, wie ein Ausgleich zu schaffen ist zwischen den starken Bindungen an institutionelle Traditionen, die die Sozialdemokratie zu einem Teil des gegenwärtigen *politischen Establishment* machen, und der historischen Inspiration, die das Fundament für die Ideologie der Bewegung legte und noch heute ihren Kern bildet – nämlich *in Opposition zu bleiben zu einem System und allem darin, was unfair und ungerecht ist*. In einem größeren Zusammenhang taucht diese spezifische Frage immer wieder in allen Erneuerungsdebatten auf, insbesondere im Kontext der Bewertung der »linken« Regierungspolitik der Vergangenheit.

Zum zweiten ist insgesamt eine Fokussierung auf die Idee eines *Prozesses* festzustellen. Der richtige Rahmen scheint ebenso wichtig zu sein wie die Erreichung der Ziele selbst. Als Beispiel sei hier die LSAP genannt, bei der es heißt: *Der Prozess ist das Ziel*. In einigen Parteidokumenten wird daher der zu *Veränderung führende Prozess* sehr detailliert beschrieben. Jedoch unterscheiden sich die Ansätze hinsichtlich der wesentlichen Bestandteile des Prozesses. Einige Parteien halten die Einbeziehung der Bürger für eine Voraussetzung, diesen Prozess demokratisch zu gestalten und somit zu legitimieren (SPÖ, die tschechische ČSSD, SDP, SPD). Inwieweit das Prinzip der Offenheit umgesetzt ist, könnte auch als Maßstab dafür dienen, wie demokratisch die Parteien sind. Es könnte anzeigen, dass zwischen einer (von den Menschen normalerweise gewollten) starken Parteiführung und den Möglichkeiten der politischen Mitwirkung der Bürger ein Gleichgewicht besteht.

Aus den philosophischen Grundsätzen der Parteien geht ihre jeweilige Vision von einer anderen Gesellschaft hervor, die sie einführen wollen.<sup>40</sup> Mehr oder weniger ausdrücklich teilen alle Parteien die Ansicht, dass diese *neue* Gesellschaft auf den Grundwerten aufbauen sollte. Interessant an dieser Positionierung ist, dass der gegenwärtige Feind der Sozialdemokratie weniger eine spezifische Gesellschaftsschicht zu sein scheint, die es zu bekämpfen gilt, sondern vielmehr all die Umstände, die diesen Grundwerten widersprechen.

---

<sup>39</sup> In der Focus Group von FEPS-Next-Left wurde der Begriff »Fortschritt« eingehend diskutiert. Man war sich einig, dass es nicht als selbstverständlich gelten sollte, dass »Fortschritt« für alle dieselbe positive Konnotation hat und dass die gesellschaftlichen Entwicklungen auch de facto neue Bedrohungen und neue soziale Ausgrenzungen mit sich bringen können. Diese Diskussion soll in der FEPS-Next-Left weitergeführt werden; hier wird aber bewusst nicht näher darauf eingegangen.

<sup>40</sup> Dies ist ein besonders interessanter Aspekt im Zusammenhang mit der Einleitung dieses Artikels, denn er verbindet die Untersuchung der progressiven Grundwerte mit Überlegungen zu einem etwaigen europaweiten Gesellschaftsvertrag. Letzterer ist ein Schwerpunktthema für dieses Jahr im Forschungsprogramm der FEPS-Next-Left.

Natürlich gibt es Ausnahmen von dieser Regel: Die MSZP unterstreicht ihren Kampf gegen die Extremisten, die PASOK bringt ihre Feindseligkeit gegenüber der Oligarchie zum Ausdruck und die PS BE greift den Kapitalismus an. Zwei dieser drei Beispiele sind jedoch auf den speziellen Hintergrund zurückzuführen, in dem die Dokumente entstanden: Im Fall der MSZP sind das die letzten Wahlen und im Fall der PASOK die historischen Umstände, die zur Parteigründung führten.<sup>41</sup>

Alle Parteien sehen es deshalb als ihre Aufgabe an, für eine *neue Gesellschaft* zu kämpfen. Es werden viele Eigenschaften genannt, die diese neue Gesellschaft auszeichnen sollte: *besser, frei, gleich/gleichberechtigt, solidarisch, fair, Zusammenhalt bietend, sicher, fürsorglich, wohlhabend, sich harmonisch entwickelnd, human, in der alle ein gutes Leben führen können, friedlich, offen, modern, zivil, demokratisch*. Aus diesen Eigenschaften lassen sich konkrete Ziele benennen, die dann mit adäquaten politischen Maßnahmen umzusetzen sind. Die *neue Gesellschaft* ist die Umsetzung einer Vision, die aus den Grundwerten entstanden ist, und der Schwerpunkt liegt eindeutig nicht mehr auf den Fragen der gesellschaftlichen Schichten und dem Kampf zwischen ihnen.

Eine *neue Gesellschaft* wird unter spezifischen Rahmenbedingungen existieren. Die Bestandteile davon, die in den verschiedenen Texten wiederholt auftauchen sprechen hier von Wohlfahrtsstaat und Wohlfahrtspolitik, aber auch von Demokratie. Mehrere Parteien verbinden die Vision einer *neuen Gesellschaft* mit Antworten auf europäische und globale Fragen (BSP, ČSSD, SPD, ILP, LSDSP, die maltesische Arbeiterpartei MLP, DNA und SAP). Obwohl diese Verweise direkt sind, ist nicht eindeutig, ob und wie die Vision einer *neuen Gesellschaft* auf länderübergreifender Ebene umzusetzen ist. Dieses Vakuum könnte vielleicht überwunden werden, wenn die europäischen und internationalen Fragen in die Grundlagentexten und Parteistrategien Eingang finden, statt als Randnotizen in den jeweiligen Dokumenten behandelt zu werden.

Mit Verweis auf die *neue Gesellschaft* scheint es allen Parteien gleichermaßen ein Anliegen zu sein, dass alle Menschen sowohl in den Genuss von Rechten kommen als auch Verantwortung tragen. Interessant ist hier der Wechsel von einem Diskurs über *Rechte und Pflichten* zu *Rechte und Verantwortlichkeiten*, was man gewissermaßen als eine Weiterentwicklung der Debatten in der linken Politik aus den 1990er Jahren und dem ersten Jahrzehnt des 21. Jahrhunderts auffassen könnte. Auch wenn Pflichten<sup>42</sup> und Verantwortlichkeiten<sup>43</sup> ähnliche Bedeutungen zu haben scheinen, stecken tatsächlich unterschiedliche Dinge dahinter. Es stellt sich daher die Frage, was die Sozialdemokraten glauben, welche Art von Motivation die Menschen dazu bringt, einen gesellschaftlichen Beitrag zu leisten. Tun sie es aus einem Gefühl der Schuld und moralischen Erwartung an sich selbst heraus (also Pflicht) oder aufgrund ethisch vorgegebener Verpflichtungen, die auf dem freien

<sup>41</sup> Diese Beobachtungen stimmen mit den in der Einleitung gemachten Aussagen zu einem kontextuellen Ansatz überein.

<sup>42</sup> Der Begriff *Pflicht* ist mit dem Gedanken verbunden, etwas zu schulden. Eine Pflicht zu haben bedeutet, moralisch zum Handeln verpflichtet zu sein, was über das Pflichtgefühl oder die Anerkennung der Pflicht hinausgeht. Die Pflicht beinhaltet auch das Aufgeben, das Opfern des unmittelbaren Eigeninteresses. Cicero zufolge gründet die Pflicht auf vier Ursachen: eine Folge des Menschseins, eine Folge des spezifischen Platzes, den man in seinem Leben einnimmt (Familie, Land, Amt usw.), eine Folge des eigenen Charakters und die eigenen moralischen Erwartungen an einen selbst. Natürlich gab es viele Philosophen, die das Konzept des Pflichtgefühls zurückwiesen.

<sup>43</sup> Verantwortung auf der anderen Seite kann kollektiv oder individuell sein. *Kollektive Verantwortung* ist ein Konzept oder eine Doktrin, denen zufolge Einzelne für die Handlungen anderer mitverantwortlich gemacht werden, wenn sie diese tolerieren, ignorieren oder mittragen, ohne zwangsläufig selbst aktiv an ihnen beteiligt zu sein. *Individuelle Verantwortung* bezieht sich auf persönliche moralische Verpflichtungen in konkreten Situationen. Ihre Nichterfüllung wird auf ethischer Basis bewertet. Die Gesellschaft hält die Menschen generell für verantwortlich für ihr Handeln, viele sind jedoch der Überzeugung, dass eine moralische Verantwortung nur aus freiem Willen übernommen werden kann.

Willen des Einzelnen beruhen? Sollten die Mitwirkung also durch die Einführung eines Gesellschaftsvertrags auferlegt werden oder kann erwartet werden, dass sie aufgrund des Charakters emanzipierter Menschen aus freien Stücken erbracht wird? Die Analyse der jeweiligen Texte fördert hier noch keine eindeutige Antwort hervor. Es seien einige Beispiele angeführt, um die Unterschiede aufzuzeigen: Die SPÖ spricht darüber, die Menschen mitverantwortlich für die Politik zu machen; bei der ČSSD heißt es *wechselseitiges Miteinander*; die dänische Socialdemokraterne SD DK spricht von *Staatsbürgerschaft, die sich in Rechten und Pflichten äußert*; bei der SDE ist die Rede vom Dualismus von *persönlicher Freiheit und gesellschaftlicher Verantwortung*; für die SDP ist es eine Frage der Gerechtigkeit, als Grundbedingung zur Erfüllung des Gesellschaftsvertrags ein *Gleichgewicht zwischen Verantwortlichkeiten und Rechten* aufrechtzuerhalten; die LSAP unterscheidet zwischen Pflichten und Verantwortungen; für die spanische Partido Socialista Obrero (PSOE) ist *Demokratie eine Frage der Verantwortlichkeiten* (parteiintern auch eine Frage der Verantwortung der Parteimitglieder); die PSD setzt sich für *Rechte und Pflichten für alle* ein; die SD SL vertritt die Auffassung, dass alle gemeinsam die *Verantwortung für das Gemeingut* tragen, und die SAP hält *Rechte und Pflichten* für eine Frage der Solidarität, also für *Verantwortung*. Diese ausgewählten Beispiele zeigen, dass die Parteien die Idee von Pflichten und Verantwortlichkeiten ganz unterschiedlich auffassen. Möglicherweise liegt einer der Schlüssel für *neue Gesellschaftsverträge* in der Neubestimmung dieser beiden Begriffe in Bezug auf eine Gesellschaft, aber auch in Bezug zu den Parteien und Politikern.<sup>44</sup>

In den vorhergehenden Absätzen wurde angedeutet, dass die *ideologische Mission* der Sozialdemokratie davon ausgeht, eine neue Gesellschaft in einem spezifischen politischen Rahmen zu schaffen. Drei Parteien sehen ihre Mission eher als eine konkrete Strategie, die auf mehreren Säulen beruht: unter anderem die Vision einer *neuen Gesellschaft*, Demokratie und Rolle des Staates, Wirtschaft und Wohlfahrt.<sup>45</sup> Diese drei Parteien sind die SDP<sup>46</sup>, die PvdA<sup>47</sup> und die LP UK<sup>48</sup>, deren jeweilige Texte daher einen interessanten »bodenständigeren« Ansatz aufweisen.

## Identifizierung der Grundwerte

### 3.1. Das Konzept der Grundwerte

Aus dem *utilitaristischen Aspekt* der Studie über Grundwerte ergibt sich die Frage, *warum Grundwerte* gebraucht werden und wie sie angewandt werden können.<sup>49</sup> Aus Tabelle 2 wird ersichtlich, wie vielschichtig die Antwort darauf ist.<sup>50</sup>

<sup>44</sup> Allgemeine Übereinstimmung darüber, wie Verantwortlichkeiten/Pflichten aufgeteilt werden sollten und welche von den Politikern übernommen und erfüllt werden müssen, könnte auch die Einführung neuer allgemeiner Bewertungskriterien erleichtern – und folglich der Politik zu mehr Glaubwürdigkeit und Legitimität verhelfen.

<sup>45</sup> In der ursprünglichen FEPS-Studie wurden alle drei Beispiele vollständig zitiert.

<sup>46</sup> Für die SDP gibt es drei Kernelemente: *eine gerechte Gesellschaft, einen unterstützenden Staat und eine nachhaltige Zukunft*.

<sup>47</sup> Für die PvdA gibt es sieben Grundelemente: Das Recht auf gutes Leben; Solidarität und Zusammenhalt; volksnahes Regieren (Subsidiarität); vielseitiger demokratischer Rechtsstaat; Freiheit als Recht; selektives und nachhaltiges Wachstum; Gemeinschaft als Wahl.

<sup>48</sup> Die LP zählt vier Prinzipien auf, auf deren Basis sie das Vertrauen des Volkes in ihre Regierung gewinnen möchte: dynamische Wirtschaft, gerechte Gesellschaft, offene Demokratie, gesunde Umwelt.

<sup>49</sup> In den Diskussionen in der Next-Left-Focus-Group wurde thematisiert, dass die Dokumente, in denen die Grundwerte aufgeführt werden, häufig als unbedeutend gelten und den regulären Parteimitgliedern gar nicht bekannt sind.



Tabelle 2: Grundwerte und Wertesystem der SPE-Mitgliedsparteien

	Zahl der genannten Grundwerte	Grundwerte im Detail	Erklärung/Bemerkungen
<b>SPÖ</b>	4	Freiheit Gleichheit Gerechtigkeit Solidarität	Alle vier Grundwerte sind gleichrangig. Denn <i>nur ihre gemeinsame Verwirklichung kann allen Menschen ein erfülltes Leben in Frieden und Freiheit gewährleisten</i> . In dieser Aussage erscheint <i>Frieden</i> eher eine <i>Lebensbedingung</i> zu beschreiben, als einen Wert oder einen Grundsatz. <i>Entscheidungsgrundlagen für die Lebensgestaltung jeder und jedes Einzelnen müssen vor allem die Verantwortung gegenüber sich selbst, gegenüber den Mitmenschen und der Gesellschaft, gegenüber der Umwelt sowie gegenüber den künftigen Generationen sein.</i>
<b>SP.a</b>	Keine Werte aufgelistet		Neben den Grundwerten stehen noch drei andere Konzepte ideologisch im Mittelpunkt: Arbeit und Wohlergehen; Würde und Demokratie.
<b>PS BE</b>	Keine Werte aufgelistet		
<b>BSP</b>	5	Freiheit Demokratie Gleichheit Soziale Gerechtigkeit Solidarität	
<b>ČSSD</b>	5	Freiheit Gerechtigkeit Bildung Partizipation Solidarität	Eine auf diesen Grundwerten basierende moderne und offene Gesellschaft ist ein Raum, in dem sich die Fähigkeiten frei entfalten können und in dem jedem ein produktives Leben gewährleistet wird.
<b>SD DK</b>	3	Freiheit Gleichheit Solidarität	Diese Grundwerte sind aus dem Verständnis abgeleitet, dass jeder Einzelne einzigartig und unersetzlich ist.
<b>SDE</b>	3	Freiheit Gerechtigkeit Solidarität	
<b>SDP</b>	3	Freiheit Gleichheit Solidarität	Die Grundwerte der SDP werden in verschiedenen Abschnitten des Dokuments genannt: als Werte des Sozialismus, dauerhafte Werte, menschliche Werte. Sie sind tief im demokratischen Europa verwurzelt, da sie das Vermächtnis der menschlichen Philosophie der Antike, der christlichen Ethik und der fortschrittlichen Ideologie der Aufklärung sind. Sie geben der Bewegung die Kraft, die Reform einer Gesellschaft voranzutreiben sowie Kontinuität und Wandel, Tradition und Zukunft zu verbinden.
<b>PS FR</b>	10	Emanzipation Gerechtigkeit Gleichheit Solidarität Nachhaltige Entwicklung Fortschritt Demokratie Arbeit Frieden Internationalismus	Die PS FR betont ihre historische Tradition, die sie mit dem Geist des Humanismus und der Philosophie der Aufklärung verbindet. Sie macht sich die Grundwerte der Französischen Revolution zu eigen: Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit (Fraternité). Sie beansprucht für sich die <i>Erinnerung an 1848 (mit der Abschaffung der Sklaverei durch die Pariser Kommune), das Erbe der Republik, seine demokratische Öffnung und der Kampf für den Säkularismus</i> .
<b>SPD</b>	3	Freiheit Gerechtigkeit Solidarität	<i>Der Sozialdemokratie ging es in ihrer Geschichte immer darum, neben den rechtlichen auch die materiellen Voraussetzungen der Freiheit, neben der Gleichheit des Rechts auch die Gleichheit der Teilhabe und der Lebenschancen, also soziale Gerechtigkeit, zu erkämpfen. Konservative und Liberale haben da andere Auffassungen. Im sozialdemokratischen Verständnis bilden sie [die Grundwerte] eine Einheit. Sie sind gleichwertig und gleichrangig. Vor allem: Sie bedingen, ergänzen, stützen und begrenzen einander.</i> <i>[Die Sozialdemokraten] verstehen sich seit dem Godesberger Programm von 1959 als linke Volkspartei, die ihre Wurzeln in Judentum und Christentum, Humanismus und Aufklärung, marxistischer Gesellschaftsanalyse und den Erfahrungen der Arbeiterbewegung hat. Die linke Volkspartei verdankt wichtige Impulse der Frauenbewegung und den neuen sozialen Bewegungen. Die SPD anerkennt »Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit«, die Grundforderungen der Französischen Revolution, [als] die Grundlage der europäischen Demokratie.</i>
<b>PASOK</b>	Werte sind		

<sup>50</sup> Was das Bild noch verschwommener werden ließ, ist mit der in Abschnitt 2.1 erwähnten Tatsache verbunden, dass die Parteien auf ganz unterschiedliche Art auf ihre Grundwerte hinweisen: direkt oder indirekt, durch eine Auflistung mit oder ohne weitere Erklärungen und schließlich durch eine undifferenzierte Darstellung von Werten und politischen Grundsätzen.



	Zahl der genannten Grundwerte	Grundwerte im Detail	Erklärung/Bemerkungen
	nicht aufgelistet		
<b>MSZP</b>	Werte sind nicht aufgelistet		Die MSZP ist der Überzeugung, dass oben genannte Öffnung auf dem gemeinsamen Verständnis der Grundwerte durch die Partei und eventuelle Bündnispartner beruhen muss. Die Werte müssen Antworten geben über neue Mittel für den Kampf gegen Diskriminierung, ungerechte Privilegien, Erniedrigung, Stigmatisierung und Verletzlichkeit von Menschen. Das Öffnen der Partei sollte sie im Kampf für eine offene Gesellschaft bestärken.
<b>ILP</b>	4	Freiheit Gleichheit Gemeinschaft Demokratie	Die Labour Party ist der Überzeugung, dass die Rolle von Grundsätzen darin besteht, als Kompass für soziale Veränderungen zu dienen, die durch ein politisches Handeln zu erreichen sind, das zur Schaffung einer gleicheren, sicheren, fürsorglichen, wohlhabenden und gerechten Gesellschaft führen wird.
<b>LSDSP</b>	Werte sind nicht aufgelistet		
<b>LSDP</b>	Werte sind nicht aufgelistet		
<b>LSAP</b>	4	Freiheit Gerechtigkeit Solidarität Sicherheit	<i>Die LSAP gibt mit ihrem Grundsatzprogramm klare Orientierung. Sie will Arbeit, Wohlstand und Lebensqualität für alle.</i> Die LSAP will eine Gesellschaft, in der sich die Menschen wohl und geborgen fühlen und in der sich die menschliche Persönlichkeit frei entfalten kann. [...] eine Gesellschaft ohne Privilegien, die nach demokratischen Prinzipien lebt und auf den Werten von Freiheit, Gerechtigkeit, Solidarität und Sicherheit gründet. Diese vier Grundwerte bedingen einander und ergänzen sich gegenseitig. Nur ihre gemeinsame Verwirklichung kann allen Menschen ein erfülltes Leben ermöglichen. Sie sind modern und haben Gültigkeit. Das Dokument endet mit einer Erklärung zum Politikverständnis der LSAP. In dem Text heißt es: <i>Politik ist für uns undenkbar ohne Diskussion, ohne Austausch, ohne Konfrontation von Meinungen und Überzeugungen. Wir werden weiterhin auf unsere Mitmenschen zugehen, ihnen zuhören und gemeinsam Antworten auf ihre Fragen finden. Wir setzen auf Überzeugung, nicht auf Belehrung. Wir wollen eine aktive Demokratie, die auf dem Recht auf Information und Mitsprache der Bürger fusst. Wir stehen für eine echte Bürgerbeteiligung an den Entscheidungsprozessen, die sich nicht auf periodisch stattfindende Wahlgänge beschränkt.</i> In den weiteren Ausführungen sprechen sie von <i>Glaubwürdigkeit und Wahrhaftigkeit sozialistischer Politik</i> und von <i>positiven Veränderungen</i> .
<b>MLP</b>	Werte sind nicht aufgelistet		
<b>PvdA</b>	5	Freiheit Demokratie Fairness Nachhaltigkeit Solidarität	
<b>DNA</b>	3	Freiheit Chancengleichheit Neue Solidarität	
<b>SLD</b>	3	Freiheit Gleichheit Brüderlichkeit	Das Linksbündnis ist Wächter von drei Grundwerten: <i>Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit</i> . Diese drei Werte sind ihrem Verständnis nach der Kern eines demokratischen Staates.
<b>PS PT</b>	3	Freiheit Gleichheit Solidarität	In ihrer Deklaration identifiziert die Partei sich ideologisch mit der humanistischen Tradition.
<b>PSD</b>	5 (Grundsätze)	Freiheit Soziale Gerechtigkeit Gerechter Ausgleich/Equity Gleichheit Solidarität	
<b>SD SL</b>	4	Gleichheit Freiheit Fairness Solidarität	Die Grundwerte sollten es Eckpfeiler eines neuen Gesellschaftsvertrags erachtet werden ( <i>New Deal</i> für Slowenien).
<b>PSOE</b>	3	Freiheit Gleichheit	

	Zahl der genannten Grundwerte	Grundwerte im Detail	Erklärung/Bemerkungen
		Solidarität	
<b>SAP</b>	3	Freiheit Gleichheit Solidarität	Die Grundwerte sind natürlich miteinander verknüpft. <i>Freiheit und Gleichheit sind sowohl individuelle Rechte als auch kollektive Lösungen [...] Der Mensch ist ein Wesen, der sich im Miteinander mit seinen Mitmenschen entwickelt und wächst, und ein Großteil dessen, was für das Wohl des Einzelnen wichtig ist, kann nur zusammen mit anderen geschaffen werden.</i>
<b>LP UK</b>	3	Freiheit Solidarität Gleichheit	

Es können fünf Gründe herausgearbeitet werden, die von den Parteien angeführt werden, um die Notwendigkeit zu legitimieren, Grundwerte anzuerkennen und für ihre Umsetzung zu kämpfen. Erstens sind das historische Gründe. Mit Grundwerten wird die *Identität einer Bewegung* bewahrt. Und sie sind es auch, die einen Bogen spannen zwischen der zu achtenden Vergangenheit und der hoffnungsvollen Zukunft (SDP, PS FR). Zweitens dienen sie den Parteien als Leitlinien und helfen bei der Entscheidungsfindung (PS Fr, PS PT). In diesem Sinne fungieren sie als *Orientierungshilfe für eine Organisation und für Einzelpersonen*. Bei diesen ersten beiden Gründen geht es um die Kohärenz und Stärke der Partei selbst. Drittens sollten die Grundwerte ein Fundament bilden, auf dem die Gesellschaft aufgebaut wird, und auf dessen Grundlage die Menschen ihre Entscheidungen treffen können (SPÖ, SAP). Viertens sollten sie den Kern des Sozialstaats bilden (SP.a). Fünftens sollten sie die Basis sein, auf der die Demokratie und der demokratische Staat errichtet werden (SPD, SLD). Die letzten drei Gründe erscheinen als Verpflichtung, die Grundwerte in die ideologische Mission zu übertragen. Natürlich müssen diese fünf Gründe von allen in der Partei akzeptiert werden, wenn der Prozess der Erarbeitung und Annahme eines Dokuments mit Grundwerten legitimiert und sinnvoll sein soll.

### 3.2. Freiheit und Emanzipation

Die Interpretation einzelner Werte hängt sehr davon ab, in welcher Verbindung sie zu den übrigen Werten stehen. Die Mehrheit der Parteien gibt ausdrücklich an, dass für sie alle Werte gleichrangig seien und einander bedingen. Dennoch ist aus der Auflistung der Werte in Tabelle 2 ersichtlich, dass der Begriff *Freiheit* (freedom, liberty, emancipation)<sup>51</sup> meist ganz oben auf der Liste steht. Für die Einordnung der Ergebnisse aus der Analyse, in welcher Verbindung der Begriff *Freiheit* in den Texten der verschiedenen Parteien auftaucht, werden hier zwei Klassifizierungen vorgeschlagen. Zum einen gibt es in den Texten drei Bezugspunkte für die Definition von *Freiheit*: als abstraktes philosophisches Konzept, in Bezug auf den Einzelnen und in Bezug auf die Gesellschaft. Zum anderen wird die Freiheit aus zwei Perspektiven betrachtet: aus politischer und aus sozio-

<sup>51</sup> Auf die linguistischen Unterschiede zwischen den Begriffen kann im Rahmen dieses Artikels nicht genauer eingegangen werden. Es fällt jedoch auf, dass in allen Texten der Parteien die Begriffe Freiheit (*freedom* und *liberty*) und Emanzipation (*emancipation*) in einem Atemzug genannt werden (mit Ausnahme der PS BE, in deren Manifest Freiheit und Emanzipation zwei unterschiedliche Grundwerte darstellen). Dies könnte darauf hinweisen, dass diese Begriffe entweder synonym gebraucht werden oder dass die Verwendung eines bestimmten Begriffes möglicherweise auf eine ideologische Entwicklung hindeutet. Um sich der einen oder anderen Hypothese anzunähern, ist es hilfreich, die wörtliche Bedeutung der Begriffe zu erforschen. Dabei ist festzustellen, dass sie sich zwar ähnlich, gemäß den Definitionen im Wörterbuch jedoch keine vollkommen deckungsgleichen Synonyme sind. Dies wirft die Frage auf, ob sie von den jeweiligen Parteien sinnlich verwendet werden oder ob durch die Wortwahl die Vorrangigkeit eines bestimmten Merkmals der Definition betont wird. Diese Frage kann allerdings an dieser Stelle nicht beantwortet werden. Um einen schlüssigen Vergleich ziehen zu können, werden die Begriffe hier als ähnlich betrachtet und in Tabelle 2 etwas näher untersucht.

ökonomischer Sicht. Beide Klassifizierungen müssen eingehender untersucht werden, um die wichtigsten Gemeinsamkeiten und Unterschiede herauszuarbeiten, wie die einzelnen Parteien Freiheit definieren.

Im Sinne eines abstrakten philosophischen Konzepts wird *Freiheit* auf verschiedene Weise benannt: als universeller Wert (BSP), als Recht und damit als *Menschenrecht* (SPÖ, SD DK, SPD, PvdA, PS PT), als Möglichkeit für alle Menschen, sich frei zu entfalten (SDE, DNA), als ein Ziel sozialistischen Handelns und als Eckpfeiler der sozialistischen Bewegung (PS FR, PASOK). In diesen Texten wird das Wort Freiheit häufig von den Adjektiven »verantwortlich«, »sozial verantwortlich« und »gleich« begleitet. Darin spiegelt sich die Logik von Rechten und Verantwortlichkeiten wider. Denn schließlich ist es eine Frage der Gerechtigkeit, dass alle die »gleiche Freiheit« genießen (u.a. SP.a, BSP, SPD), aber wenn man persönlich von dieser Freiheit profitiert, bedeutet dies auch, die mit ihr einhergehende und untrennbar mit ihr verknüpfte soziale Verantwortung zu übernehmen (SPÖ, BSP, SDP, LSAP). Diese feste Verbindung prägt die Beziehungen zwischen dem Einzelnen und der Gesellschaft.<sup>52</sup>

In Bezug auf den Einzelnen geht es bei *Freiheit* vor allem um *Selbstbestimmung* (SPÖ, SDE, BSP, SD SK, SPD, LSAP, SAP). Dem metaphysischen Determinismus zufolge müssen bestimmte Bedingungen gegeben sein, um eine freie Entscheidung treffen zu können. Die politischen und sozio-ökonomischen Aspekte werden weiter unten ausführlicher erörtert; an dieser Stelle sollen zwei Merkmale erwähnt werden, die von der Sozialdemokratie als Voraussetzung für die Selbstbestimmung des Einzelnen genannt werden. Erstens müsse jeder Einzelne den Willen haben, sich für bestimmte Ziele zu entscheiden und diese zu verfolgen sowie Begabungen zu entwickeln (SD DK, SPD, ILP), die ihre *Selbstverwirklichung* ermöglichen (DNA). Zweitens müssten die Menschen durch Erziehung und Bildung darauf vorbereitet werden, ihre Träume in die Tat umzusetzen und die dazu notwendigen Entscheidungen zu treffen. Die ethischen Begründungen dafür beruhen wiederum auf dem Humanismus (SDE). Damit stellt die Sozialdemokratie ihr offensichtlich positives Menschenbild unter Beweis.

Weitere wichtige Begriffe, die in einigen Programmen auftauchen, sind *Respekt (Toleranz)* und *Würde*. Die Sozialdemokraten betonen, dass die Menschen schon immer sehr unterschiedlich waren und dies auch bleiben werden (SD DK, LSAP, PSD, SAP, LP UK). Solange niemand dadurch zu Schaden kommt (SDP, DNA, PSOE), sollten die Entscheidungen, die Individuen (gemäß ihren Überzeugungen) treffen, respektiert werden. Auch wenn der Gedanke von *Respekt* im Zusammenhang mit den persönlichen Rechten Einzelner in den sozialdemokratischen Programmen schon relativ weit verbreitet ist, ist es ein verhältnismäßig neues Konzept. Es ist anzunehmen, dass es weiterentwickelt wird, auch um der zunehmenden Vereinzelung in den europäischen Gesellschaften Rechnung zu tragen. Darüber hinaus schafft die Kombination aus *verantwortungsvoller Freiheit*, *Respekt* und *sozialer Verantwortung* sicherlich eine stabile Basis, auf der die Sozialdemokratie ihre Vision für die Zukunft einer immer diverseren (und multikulturelleren) Gesellschaft aufbauen kann. In einigen Texten dient diese Kombination auch als Erklärung für die Notwendigkeit des Schutzes von Minderheiten.

---

<sup>52</sup> Näheres zum Konzept der »gleichen Freiheit« in der zeitgenössischen Philosophie findet sich in J. Rawls, A Theory of Justice, Harvard (überarb. Aufl. von 1999), (dt. *Eine Theorie der Gerechtigkeit*, Suhrkamp 1979).



Die Gesellschaft spielt bei der Kontextualisierung des Freiheitsbegriffs in der fortschrittlichen Ideologie eine ausschlaggebende Rolle. Die Freiheit der Einzelnen ist Voraussetzung für die Freiheit aller in der Gesellschaft (SPÖ, SDE). Anders gesagt wird die Gesellschaft niemals frei sein, wenn nicht alle Männer und alle Frauen innerhalb der Gesellschaft frei sind (ILP). Gleichzeitig ist es eine Gesellschaft (oder Gemeinschaft), die dem Einzelnen die Freiheit ermöglicht (siehe SPD, SD SK, DNA), denn die Gemeinschaft kann dem Einzelnen größere Freiheiten gewähren, als er sich allein verschaffen könnte (DNA, SAP). Das Ziel ist daher nach wie vor eine Gesellschaft, die auf Freiheit, Zusammenhalt und Brüderlichkeit beruht und aus vollkommen emanzipierten Menschen besteht (PS FR); durch Maßnahmen, die eine Emanzipation ermöglichen (und dabei spielen der Staat und seine Politik zweifellos eine wichtige Rolle), wird der Weg zu so einer Gesellschaft geebnet.

In Bezug auf diese erste Klassifizierung lassen sich zwei parteienübergreifende Schlussfolgerungen ziehen. Eine lautet, dass die Sozialdemokratie mit ihrer Annahme, dass bestimmte Bedingungen erfüllt sein müssen, damit der Einzelne und die Gesellschaften in den Genuss von Freiheit kommen, vor allem der Logik des metaphysischen Determinismus folgt. Eine Ausnahme bildet die Überzeugung, dass unabhängig davon jeder Einzelne Träume hat und bereit ist, diese auf moralische Art und Weise zu verwirklichen. Die zweite Schlussfolgerung bezieht sich auf eine konkrete Auffassung von Freiheit. Im Geiste des Gesellschaftsvertrags vertreten progressiv Denkende die Ansicht, dass individuelle Freiheit und soziale Verantwortung miteinander verknüpft sind. Die Unterschiede zwischen den einzelnen Parteien sind hier nur geringfügig und äußern sich darin, wie stark sie die Vielfalt der zeitgenössischen Gesellschaft betonen und wie sehr der Freiheitsbegriff mit persönlichen Aspekten wie Respekt verbunden ist.

Mit der zweiten der beiden vorgeschlagenen Klassifizierungen werden die der *Freiheit* zugrundeliegenden Elemente in zwei Dimensionen aufgeteilt: die *politische* und die *sozio-ökonomische*. In politischer Hinsicht definieren einige Parteien Freiheit als Gegensatz zu Diktatur und autoritären Systemen (SPÖ), zu Faschismus, Kolonialismus und Totalitarismus (PS PT), zur Herrschaft der Elite (ČSSD), zu externer Unterdrückung (ILP), zu Extremismus, Rassismus und Chauvinismus (PSD) oder zu ethnischen Separatismus (PSD). Allgemein lässt sich sagen, dass die Parteien aus Ländern, die in ihrer jüngeren Geschichte durch ein nicht-demokratisches System besetzt oder unterdrückt waren, die Freiheit vermutlich eher als Gegensatz dazu definieren. Indem all diese politischen Zustände als unvereinbar mit dem *Freiheitsgedanken* erachtet werden, wird auch die enge Verknüpfung zwischen dem Grundwert *Freiheit* und dem demokratischen System deutlich herausgestellt.

Einige konstituierende Elemente der *Freiheit* werden anhand einer politischen Systematik interpretiert. Aus *Freiheit* entwickelt sich: Pluralismus, aktives und passives Wahlrecht, Vereinigungsfreiheit, Partizipationsrecht, Religions- und Gewissensfreiheit, Meinungsfreiheit, Streikrecht, Pressefreiheit und eine unabhängige Justiz. Die einzelnen Parteien erstellen zwar jeweils mehr oder weniger detaillierte Auflistungen der Bestandteile von *politischer Freiheit*, aber inhaltlich unterscheiden sich diese kaum. Die wenigen Diskrepanzen lassen sich leicht mit aktuellen politischen Hintergründen erklären; beispielsweise ist der Hinweis der SLD auf »den Schutz der Privatsphäre und vor geheimdienstlicher Überwachung« auf die Praktiken ihrer



politischen Gegner zurückzuführen. Erkennbare Unterschiede finden sich in der Auslegung der *Religions- und Gewissensfreiheit*. Einige Parteien leiten davon eine Forderung nach Säkularismus und Trennung von Staat und Kirche ab (LSAP, SLD), andere betonen den Aspekt des gegenseitigen Respekts der Kirchen füreinander und ihre friedliche Koexistenz (SAP). Vom Sinn her sind diese beiden Auslegungen zwar ähnlich, aber sie legen doch verschiedene Schlussfolgerungen nahe. Es sollte jedoch betont werden, dass dieses Thema für Parteien aus Staaten, in denen die Kirche in der jüngeren Geschichte eine wesentliche Rolle gespielt hat, eine größere Bedeutung hat. Ein weiterer spezifischer Aspekt, der in mehreren Dokumenten genannt wird, ist das Recht auf Meinungs- und Pressefreiheit, das als Schutz und Erhalt des Erbes, der Kultur und der Sprache eines Landes verstanden wird.

Unterschiede in der Definition von Freiheit sind auch bei den Parteien zu erkennen, bei denen die politischen oder sozio-ökonomischen Aspekte eine größere Rolle spielen. Bei den Parteien aus Mittel- und Osteuropa (und bei der PS PT) scheinen die politische Freiheiten tendenziell eher (aber nicht ausschließlich) im Mittelpunkt zu stehen. Das ist einerseits mit den noch nicht sehr weit zurückliegenden Erfahrungen mit den nicht-demokratischen Systemen (von vor 1989) und andererseits mit den nach wie vor auftretenden Schwierigkeiten bei der Verankerung des demokratischen Systems zu erklären. Möglicherweise ist es auch ein Hinweis darauf, dass diese Parteien den Freiheitsbegriff eher im Sinne von *liberty* als politische Freiheit interpretieren, während die anderen Parteien ihn eher im Sinne von *freedom* als Freiheit und Freiheitsrechte des Einzelnen auslegen.

Historisch gesehen geht die Freiheit in sozio-ökonomischer Hinsicht auf die Forderung zurück, dass die Nutzung der Produktionsmittel *frei und ungehindert* sein sollte (dieses Verständnis geht aus dem Dokument der PS BE hervor). Im Sinne des Determinismus teilen die sozialdemokratischen Parteien die Ansicht, dass die materiellen und sozialen Bedingungen eine Voraussetzung für Freiheit sind. Will man also Freiheit gewährleisten, so muss man die Menschen von Armut, Hunger, entwürdigender Abhängigkeit, Furcht usw. befreien. Das bedeutet die Gewährleistung von materieller Sicherheit und die Schaffung von Chancen durch Umverteilungssysteme. Nach dieser Logik ist *Freiheit* direkt mit den Konzepten von menschenwürdiger Arbeit und menschenwürdigem Leben, mit Fragen des Wohlergehens und allgemein mit dem Wohlfahrtsstaat verknüpft.

Die sozio-ökonomische Emanzipation und politische Befreiung sollten nach Aussage vieler (aber nicht aller) Parteien Hand in Hand gehen. Diese Schlussfolgerung ist eine Abkehr von der traditionellen sozialistischen Auffassung, der zufolge die materiellen Bedingungen eine Voraussetzung für politische Freiheit sind. Dies könnte einer der Aspekte in der Erneuerungsdiskussion sein. Die Herstellung eines Gleichgewichts zwischen individuellen Freiheiten und sozialer Verantwortung einerseits und zwischen den politischen und sozio-ökonomischen Interpretationsansätzen von Freiheit andererseits könnte der Schlüssel sein, um Antworten auf die Frage zu liefern, was ein moderne Vision von Demokratie und Sozialstaat beinhalten sollte. Ebenso gut könnte das Thema der *Angstfreiheit*, in den Dokumenten auch als *Sicherheit* bezeichnet, Antworten auf die Frage liefern, wie in einer von allgemeiner Unsicherheit, Angst und Pessimismus geprägten Zeit das Vertrauen in eine Alternative (eine Veränderung) zu gewinnen ist.

### 3.3. Gleichheit

Der Gedanke der *Gleichheit*<sup>53</sup> rangiert bei einigen nationalen Parteien unter den Grundwerten an zweiter Stelle, auch wenn im zeitgenössischen Diskurs mehr und mehr dafür spricht, dass *Gleichheit* der führende fortschrittliche Wert des 21. Jahrhunderts sein müsste. Genauso wie der Grundwert *Freiheit* wird auch die *Gleichheit* in unterschiedlicher Weise und unter Bezugnahme auf verschiedene Gesellschaftskonzepte interpretiert. Aufgrund ihrer aktuellen Bedeutung stehen hier folgende Aspekte im Mittelpunkt der Untersuchung: *Universalismus*,<sup>54</sup> die eingeschränkte und uneingeschränkte Vision von Gleichheit,<sup>55</sup> *Chancengleichheit* und *Gleichheit der Ergebnisse*,<sup>56</sup> *Gleichheit der Autonomie*,<sup>57</sup> *gerechter Ausgleich*<sup>58</sup> und *Egalitarismus*<sup>59</sup>. Diese unterschiedlichen Begriffe werden von den nationalen Parteien in verschiedenen Zusammenhängen verwendet und sind auch die wichtigsten Aspekte der Erörterungen von *Gleichheit* in der europaweiten Debatte zur Erneuerung der Sozialdemokratie.

Einige Parteien begreifen *Gleichheit* als ein einzigartiges Merkmal der Sozialdemokratie (SP.a), als ein sozialdemokratisches Ideal (PS FR) und den eigentlichen Sinn des mehr als hundertjährigen Kampfs der Sozialdemokratie gegen Privilegien und Diskriminierungen (ČSSD). Sie ist mit dem sozialdemokratischen Erbe verbunden, da sich in ihr die Identifikation mit den humanistischen Prinzipien widerspiegelt (PSD) und die Überzeugung zum Ausdruck kommt, dass jeder Mensch den gleichen Wert hat (SP.a, SD DK, SAP). Für einige sollte sie zum *europäischen Standard* erhoben werden (SLD). Auch wenn derzeit diskutiert wird, ob Gleichheit (wie eingangs angedeutet) zum vorrangigen Grundwert werden sollte, ist das noch in keinem der analysierten Parteitexte. *Gleichheit* wird oft eher im Zusammenhang mit anderen Werten gesehen, gilt häufig als Voraussetzung für *Freiheit* (was besonders stark bei den nordischen Parteien zum Ausdruck kommt – SD DK, DNA, SAP) und als untrennbar mit ihr verknüpft (PS FR).

Für einige Parteien geht Gleichheit mit *gerechtem Ausgleich/Equity* einher. Beispiele dafür sind die PS PT oder PSD, die sowohl Gleichheit als auch den Gedanken des gerechten Ausgleichs zu ihren Grundwerten zählen. In den Texten anderer Parteien kommt der Begriff *Equity* nicht explizit vor, aber es wird auf gleiche

<sup>53</sup> Verallgemeinernd könnte dieser Begriff so viel heißen wie: *das Gleiche für alle*. Dieser Sinn spiegelt sich unverfälscht in der rechtlichen Auslegung wider, nach der die *Gleichheit vor dem Gesetz* bedeutet, dass alle Menschen gleich sind und daher ohne Benachteiligung oder Privilegien denselben Gesetzen unterliegen.

<sup>54</sup> Mit Universalismus ist ein Konzept gemeint, das für alle Menschen und/oder alle Dinge für alle Zeiten und in jeder Situation gilt. Es gibt mehrere Definitionen; für diese Studie ist jedoch von Interesse, dass der auf philosophischer Grundlage erklärte *Universalismus* mit dem Zeitalter der Aufklärung (auf das sich einige Parteien beziehen) und der Idee eines Gesellschaftsvertrags verbunden ist.

<sup>55</sup> In der Logik der eingeschränkten Sicht bedeutet *Gleichheit* die *gleiche* Behandlung für alle. Dagegen wird im Sinne der uneingeschränkten Gleichheit anerkannt, dass die Menschen unterschiedlich sind. Das führt zu Fördermaßnahmen zugunsten Benachteiligter, die zum Ziel haben, jedem entsprechend seinen speziellen Bedürfnissen die angemessenste Unterstützung zu gewähren.

<sup>56</sup> *Chancengleichheit* steht noch immer in Verbindung mit dem Gedanken der *Gleichheit der Ergebnisse*. Dieser Gedanke basiert auf der Erwartung, dass jeder (in Bezug auf Wohlstand, Wissen usw.) das Gleiche erreichen können sollte. Genau darauf gründen sich die Umverteilungsmechanismen. Es besteht allerdings Uneinigkeit darüber, ob das Konzept der *Chancengleichheiten* nicht schon an sich ausreichend ist und die Vorstellung von der *Gleichheit der Ergebnisse* nicht fallengelassen werden sollte.

<sup>57</sup> Ein interessanter Ansatz wurde von Amartya Sen in die Gleichheitsdebatte eingebracht, der den Begriff der *Gleichheit der Autonomie* vorschlug. Zusammengefasst ist dieses Konzept das Versprechen, die Fähigkeiten und Mittel für die Wahl eines Lebenswegs möglichst gleichmäßig innerhalb einer Gesellschaft zu verteilen. In diesem Sinn setzt es den Akzent eher auf die Frage der *Befähigung* als auf das simple Verständnis von *Chancengleichheit*.

<sup>58</sup> *Gerechter Ausgleich* ist ein Konzept, mit dem die relative Zufriedenheit/Unzufriedenheit aufgrund der Wahrnehmung von gerechter und ungerechter Verteilung der Ressourcen erklärt wird. *Gerechter Ausgleich* kann als faire Gegenleistung für Einsatz verstanden werden und steht auf diese Weise im Zusammenhang mit dem Gerechtigkeitsgedanken. Das Konzept geht auf John Stacey Adams Equity-Theorie von 1963 zurück.

<sup>59</sup> *Egalitarismus* ist ein Trend, der Gleichheit favorisiert, wobei der Schwerpunkt darauf liegt, dass im *Gleichheitsgedanken* auch die *Gleichwertigkeit* enthalten ist. Das heißt, dass jeder - unabhängig von Hautfarbe, Herkunft usw. - gleich behandelt werden muss, da alle Menschen gleichwertig sind.





Rechte und gleiche Pflichten verwiesen (SP.a, SDP, PSD, SD SL und LP UK). Es gibt auch Parteien, die sich darauf beschränken, über *Chancengleichheit* und *Gleichheit vor dem Gesetz* zu sprechen und sehen mit der Gewährleistung dieser beiden Aspekte die *Gerechtigkeit* umgesetzt (ČSSD, SD DK, DNA und PS PT). Daraus lässt sich schließen, dass die Mitgliedsparteien bei verschiedenen Grundwerten (Freiheit, Gleichheit, Solidarität, Gerechtigkeit usw.) von einer Wechselwirkung ausgehen. Die Parteien unterscheiden sich aber noch recht deutlich darin, ob und in welchem Zusammenhang über Pflichten gesprochen wird.

*Gleichheit* wird von den Parteien als Ziel und/oder Mittel bezeichnet. Das (mit der ideologischen Mission verbundene) Hauptziel ist eine *gerechte Gesellschaft*, in der jeder Einzelne gleiche Rechte und Chancen genießt (SP.a, SDP). Insofern ist *Gleichheit* eher das Ergebnis sozialdemokratischen Handelns. Einen kritischen Einwand gegenüber dem Egalitarismus und Ausgleich von Einkommensunterschieden erhebt beispielsweise die ČSSD. Die Unterschiede im Einkommen sind für diese Partei gerechtfertigt, wenn sie mit unterschiedlichen Leistungen einhergehen.<sup>60</sup> Auch die DNA greift dieses Thema auf, jedoch aus einem anderen Blickwinkel. Ihr zufolge müssen alle [vom Wohlfahrtsstaat] profitieren und nicht nur diejenigen, die *in eine Notlage geraten sind und nicht alleine für sich sorgen können*. Es scheint, dass die Frage der Beziehung zwischen *Gleichheit* als *Ergebnis* und *Gleichheit* als *Chance* insbesondere vor dem Hintergrund der in der Einleitung zu diesem Abschnitt angeführten Theorien ein interessanter Punkt für eine weitergehende Debatte werden könnte.

Einige Parteien bekunden offene ihre Kritik am Konzept der *Chancengleichheit*. Die SP.a führt eine interessante Differenzierung zwischen *Möglichkeiten* und *Chancen* ein, wobei Möglichkeiten für sie weniger bedeuten als Chancen, da bei Chancen impliziert werde, dass nicht nur eine Möglichkeit geboten wird, sondern die Menschen auch befähigt werden, diese zu nutzen – durch einen Kampf gegen Benachteiligung. Die Parteien unterscheiden sich im Hinblick darauf, wie deutlich sie sich zu Fördermaßnahmen für Benachteiligte aussprechen. Einige Parteien machen deutlich, dass Chancengleichheit für jede Lebensphase angeboten werden müsse (ČSSD).

*Gleichheit* kann in Bezug auf eine Gesellschaft, auf eine Gruppe oder auf eine Einzelperson definiert werden. Hinsichtlich von Einzelpersonen gehen mehrere Parteien auf die *Vielfalt* von Individuen ein (u.a. SPÖ, SP.a, SD SK, DNA) und vertreten die Ansicht, dass Vielfalt eine gesellschaftliche Stärke ist, weshalb ihr mit Respekt begegnet werden müsse. Dies würde einerseits den Kampf gegen Diskriminierung vorantreiben und es andererseits allen ermöglichen, Mitglieder einer Gemeinschaft und Gesellschaft zu sein (die SD SK schreibt erläuternd, dass »niemand allein dastehen sollte«). Beim zweitgenannten Bezug geht es vor allem um Multikulturalismus und die Koexistenz der verschiedenen ethnischen Gruppen (in einigen Fällen aber auch um die verschiedenen Religionen, Kirchen und politische Überzeugungen). Als Lösung wird vorgeschlagen, *Gleichheit* folgendermaßen zu verwirklichen: *keine Privilegien für eine Kultur gegenüber einer anderen* (SP.a), Kampf gegen Diskriminierung (PS PT), gezielte Integration (SD DK) und Gewährleistung *gleicher Rechte und Pflichten* (DNA). Die dritte Beziehung besteht zwischen dem Prinzip der *Gleichheit* und einer Gesellschaft. Es seien gemeinsame Anstrengungen von Einzelnen und der Gesellschaft, mit denen (beispielsweise durch den

<sup>60</sup> Eine ähnliche Äußerung findet sich bei der SPD unter dem Stichwort »Gerechtigkeit«.



Sozialstaat) Chancen gesichert werden, wobei sowohl die Gesellschaft als auch die Einzelnen von der aus dieser Übereinkunft resultierenden Entwicklung profitieren (SP.a, ILP, DNA).

Ein weiterer wichtiger Begriff, der in sozialdemokratischen Texten eine Rolle spielt, ist nicht zuletzt die Frage der *Gleichstellung der Geschlechter*. Diese spezifische Art der *Gleichheit* wird häufiger als jede andere Form genannt. Sie ist eine Folge des bereits über ein Jahrhundert währenden Kampfs der Frauenbewegungen für allgemeines Wahlrecht, eine Bewegung, die schon immer eng mit der Sozialdemokratie verbunden war. Es gibt allerdings zwischen den Parteien Unterschiede darin, wie sie ihr jeweiliges Engagement in diesem Kampf zum Ausdruck bringen. Für einige Parteien fällt es in die Kategorie von Maßnahmen, mit denen alle Formen von Diskriminierung bekämpft werden (SPÖ, DNA, PS PT). Manche Parteien behandeln die Frage unter dem Stichwort *Geschlechtergleichstellung* (BSP, DNA, PS PT), andere unter der Überschrift *Gleichstellung von Mann und Frau* (SP.a, ČSSD, SDE, SDP) und wieder andere plädieren eher für *Frauenrechte* (SD SK, SLD, PSD). Diese Differenzierung ist insofern interessant, als sie verschiedene Ansätze zum Erreichen desselben Ziels, der Gleichheit, aufzeigt und darüber hinaus möglicherweise eine Erklärung liefert, weshalb innerhalb der sozialdemokratischen Bewegung verschiedene Assoziationen zu den Begriffen *Wahlrecht* und *Feminismus* bestehen.

### 3.4. Gerechte Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums und der Arbeit

Der Grundwert *Gerechtigkeit*<sup>61</sup> ist in 14 der 26 analysierten Texte enthalten. Bei den Parteien, die Werte in einer bestimmten Ordnung auflisten, ist sie auf den Plätzen zwei bis vier zu finden. Eine Definition dieses Konzepts scheint aufgrund seiner Vielschichtigkeit und starken kulturellen Prägung<sup>62</sup> besonders schwierig. Die Parteien verwenden sowohl den Begriff *Gerechtigkeit* als auch *soziale Gerechtigkeit*,<sup>63</sup> man kann jedoch auch von *Verteilungsgerechtigkeit*<sup>64</sup> sprechen. Zwei Parteien (SPD und LSAP) entschieden sich dafür, bei den aufgezählten Grundwerten die *Gerechtigkeit* ausdrücklich anzuführen, aber die *Gleichheit* nicht direkt als Grundwert zu nennen. Für diese Parteien ist es die *Gerechtigkeit*, die dafür sorgt, dass alle Menschen *gleich* sind, die *Chancengleichheit* gewährleistet und den Kampf gegen *Ungleichheiten* und für *Emanzipation* leitet. Aus diesem Blickwinkel ist die *Gerechtigkeit* vielleicht als ein weitergefasstes Konzept zu begreifen, in dem sich der zeitgenössische Charakter der Beziehung zwischen *Gleichheit* und *Freiheit* besser widerspiegelt.

Die Mehrheit der Parteien verbindet *Gerechtigkeit* mit dem Grundwert *Gleichheit*. Ihnen zufolge stellt die *Gerechtigkeit* die Gleichheit aller her (SPÖ, BSP, LSDSP, LSAP). Ein kleiner Unterschied zwischen den Parteien bei den Definitionen von *Gleichheit* in Bezug auf ein Individuum besteht vielleicht im Fokus auf *Würde* – wobei in *Würde* zu leben ein Grundrecht ist, dass allen zusteht. Dieser Gedanke erscheint gewöhnlich im

<sup>61</sup> In Wörterbüchern wird *Gerechtigkeit* als ein Konzept *moralischer Richtigkeit* beschrieben, das auf Ethik, Rationalismus, Naturrecht, Religion, Fairness und Billigkeit beruht. John Rawls bezeichnete sie als *oberste Tugend* sozialer Institutionen und setzte sie mit Fairness gleich. Der Unterschied zwischen diesem modernen und dem traditionelleren Verständnis besteht darin, dass *Gerechtigkeit* historisch oft mit einer Glaubensfrage bzw. »göttlicher Vorsehung« assoziiert wurde, also als in Geschichte, Mythologie und Religion verwurzelt galt.

<sup>62</sup> O. Cramme und P. Diamond (Hrsg.), *Social Justice in the Global Age*, Cambridge Polity Press 2009, S. 3–21.

<sup>63</sup> *Soziale Gerechtigkeit* ist die Idee, eine Gesellschaft zu schaffen, die auf Gleichheit und Solidarität beruht, die Menschenrechte anerkennt und achtet sowie die Würde eines jeden Menschen respektiert.

<sup>64</sup> *Verteilungsgerechtigkeit* ist ein Begriff, der für eine angemessene Umverteilung von Reichtum, Macht, Belohnung, Respekt usw. zwischen verschiedenen Menschen steht.

Zusammenhang mit Ausführungen über die Vielfalt in einer Gesellschaft und über die Unterschiede zwischen den Individuen und ist damit Beleg für die Tendenz der Sozialdemokraten, eher über *soziale Gerechtigkeit* zu sprechen.

Hinsichtlich der *Verteilungsgerechtigkeit* beziehen sich die Parteien auf drei Bereiche: Wohlfahrt, politische Rechte und Fortschritt. Im ersten Bereich sprechen sie sich für eine *gerechte* Verteilung von Chancen, Dienstleistungen und materiellen Gütern aus (SPÖ, SPD, LSDP, LSAP). Im zweiten greifen sie die Frage der Teilhabe und Repräsentation auf, aber auch die Forderung nach Überwindung von Klassengegensätzen (SPÖ, SPD). In Bezug auf Fortschritt folgen die Parteien der Logik, dass er ein Ergebnis der Anstrengung aller ist und dass seine Vorteile daher allen zugutekommen sollen. Für die Sozialdemokratie sind zwei spezifische Forderungen charakteristisch: zum einen, dass der *Gerechtigkeitsgedanke* es erfordert, auf der Seite der Schwachen zu stehen und diese besonders zu unterstützen, und zum anderen, dass die Erfolgreichen und besser Verdienenden noch größere Anstrengungen unternehmen und mehr zum Gemeinwohl beitragen.

Die letzten beiden Punkte leiten direkt zu der Frage über, *zwischen wem* diese Verteilung erfolgt. Vor dem Hintergrund der oben angeführten Debatte über *Rechte und Verantwortlichkeiten* könnte man an dieser Stelle vermuten, dass es eine einfache Antwort auf diese Frage gäbe (Gerechtigkeit bedeutet die gerechte (Um)Verteilung unter allen, insbesondere an die Bedürftigen). Durch die laufenden Diskussionen über die Erneuerung der Sozialdemokratie und durch den Druck, der auf dem Sozialstaat selbst lastet, kamen die Sozialdemokraten zunehmend in Erklärungsnot, wie die Erwartungen, für die Bedürftigen außergewöhnlich hohe Sozialleistungen zur Verfügung zu stellen, mit der gleichzeitigen Forderung nach ihrer Befähigung, zum allgemeinen Fortschritt beizutragen, zu vereinbaren sind. Dies und die Antwort auf die zweite Frage, *was überhaupt eine gerechte Verteilung ist*, sind seit den ideologischen Debatten der 1990er Jahren noch immer nicht beantwortet.

Und schließlich bezieht sich dem Verständnis vieler Sozialdemokraten nach der *Gerechtigkeitsgedanke* auch auf gleiche Chancen auf dem Arbeitsmarkt (SPÖ, SPD) und Bekämpfung der Arbeitslosigkeit (BSP, LSDP). Der Unterschied zwischen diesen beiden Ansätzen ist vielleicht kontextuell bedingt und hängt darüber hinaus davon ab, ob die Priorität auf die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit oder den Kampf für Vollbeschäftigung gesetzt wird. Für manche ist es eine Frage der *Gerechtigkeit*, dass alle dasselbe Recht auf Arbeit und damit auf einen (gut bezahlten) Arbeitsplatz haben (LSDP, LSAP, PSD). Diese spezifische Auslegung ist vielleicht ein signifikanter Bezugspunkt für alle gegenwärtigen Post-Krisen-Debatten.

John Rawls vertrat die Ansicht, dass Gerechtigkeit tatsächlich als *Fairness* zu begreifen ist<sup>65</sup>. Um dieser Unterscheidung nachzuspüren, seien hier Synonyme von *fair* aufgezählt: gerecht, recht und billig, anständig, aufrecht, lauter, neutral und unvoreingenommen. Viele der Adjektive betonen eine Unparteilichkeit in der Beurteilung. Bei zwei Parteien taucht der Begriff *Fairness* in den Texten auf: bei der LSDSP (die im gleichen Atemzug auch von sozialer Gerechtigkeit spricht) und bei der SD SL. Erstgenannte verbindet *Fairness* mit Steuerpolitik und Gesundheitsfürsorge und Zweitgenannte mit Wettbewerbsfähigkeit.

---

<sup>65</sup> J. Rawls, *A Theory of Justice*, Harvard 1999 (dt. *Eine Theorie der Gerechtigkeit*, Suhrkamp 1979). Rawls schrieb, dass *Gerechtigkeit* (insbesondere *Verteilungsgerechtigkeit*) eine Form von *Fairness* sei.



Darüber hinaus wurde argumentiert, dass *Arbeit* selbst als Grundwert gelten könnte. Im Kontext einiger der Texte der einzelnen Parteien könnte eine solche Hypothese vielleicht zu rechtfertigen sein, wenn Arbeit als Grundwert in der eingangs formulierten Definition aufgefasst wird (dass der *Grundwert* ein Ideal ist, das die Säule einer Vision der betreffenden Partei bildet und gleichzeitig ihr Handeln motiviert und bestimmt). Das ist vor allem dann der Fall, wenn die fragliche Arbeit eine menschenwürdige ist, die dem Einzelnen die Emanzipation und ein Leben in Würde und der Gesellschaft den Fortschritt ermöglicht (SP.a, PS FR und BSP). Dagegen wird aber vorgebracht, dass jeder das *Recht* auf Arbeit habe (was sich aus dem *Gleichheitsgrundsatz* ergibt), was Arbeit zu mehr als einem Wert mache, nämlich zu einem Gestaltungsprinzip für geeignete politische Maßnahmen (PASOK, SDP).

Auch wenn das Gros der Parteien auf die *Wohlfahrt*<sup>66</sup> verweist und damit einen gerechten Umverteilungsrahmen zwischen Staat und Gesellschaft meint, gibt es nur wenige (mehrheitlich nordische) Parteien, die *Wohlfahrt* oder das *Wohlergehen* als Grundwert benennen. Dass dies Ideale sind, die in der Tat zum Handeln mobilisieren, wäre ein Argument dafür, sie als Grundwert zu definieren. Für Sozialdemokraten ist der Begriff *Wohlfahrt* mit dem Konzept von einem Staat verbunden, der bei der Förderung und des Schutzes des sozialen und wirtschaftlichen Wohlergehens eine aktive Rolle spielt. Dieses Konzept ergibt sich aus den Grundwerten *Gleichheit* und *Solidarität*, und insbesondere aus den Aspekten *Chancengleichheit*, *Ausgleich* und *Umverteilung*, *öffentliche Verantwortung für die Gewährleistung eines menschenwürdigen Lebens für alle*.<sup>67</sup> Vielleicht ist das der Grund, warum das *Wohlfahrtssystem* nicht so sehr als ein Wert per se aufgefasst wird, sondern eher als eine Vereinbarung im Gesellschaftsvertrag, die es ermöglicht, eine *Wohlfahrtsgesellschaft* aufzubauen. Ihre tragende Säule, das *Wohlergehen*, wird jedoch von einigen als ein Recht für alle Menschen bezeichnet (SDE). Die Schaffung der Wohlfahrtsgesellschaft kann das Ergebnis einer gemeinsamen Anstrengung sein (SDE, SDP und LSDSP). Einmal eingerichtet wird sie eine Gesellschaft sein, die aufgrund der in die Praxis umgesetzten Werte (wie Gleichheit und Solidarität) alle Probleme überwindet (wie die Spannungen einer anderen Gesellschaft). Das Konzept lässt sich leicht in konkrete, sich aus den Werten ergebende politische Leitlinien übertragen, nämlich in öffentliche Dienstleistungen oder progressive Besteuerung als ein Mittel zu ihrer Sicherstellung.

### 3.5. Solidargemeinschaften

Der Begriff *Solidarität*<sup>68</sup> ist im Laufe der Jahre an die Stelle des Begriffs *Brüderlichkeit* getreten. In der Sozialdemokratie gilt die *Solidarität* als ihr traditioneller, historischer Grund- und Universalwert (BSP, SD SK, LSAP, DNA), der in der Auflistung der Grundwerte meist an dritter Stelle genannt wird. Nach Ansicht der Sozialdemokraten geht es bei *Solidarität* um die Definition von wechselseitigen Beziehungen (sowohl zwischen

<sup>66</sup> In Wikipedia wird der Begriff *Wohlfahrt* als das Bemühen um die Deckung der Grundbedürfnisse von Menschen und um einen gewissen Lebensstandard definiert, ohne dem das Stigma von Almosen anzuheften.

<sup>67</sup> *Wohlergehen* ist daher ein Konzept für die Bewertung des Lebensstandards. Es kann eine Reihe von Indikatoren umfassen, darunter das Maß an Freiheit, an Achtung für die Menschenrechte, aber z.B. auch an Glück, das die Menschen genießen. Auch wenn letzteres schwer messbar ist, taucht es immer häufiger im zeitgenössischen politischen Diskurs auf. Es ist möglicherweise ein Hinweis auf einen sich wandelnden Fokus und auf die besondere Herausstellung des Elements Wohlergehen im Konzept der Wohlfahrt.

<sup>68</sup> Der Begriff *Solidarität* kommt aus der Soziologie und bezeichnet den Grad und die Art der sozialen Verbundenheit und des füreinander Eintretens in einer Gesellschaft oder einer Gruppe. Solidarität kann als eine Instanz bezeichnet werden, die entweder gemeinsame Interessen hervorruft oder auf ihnen basiert.



Individuen als auch zwischen Individuen und der Gesellschaft). Sie ist Beleg dafür, dass die Gemeinschaft für die Entwicklung des Einzelnen notwendig ist (SD DK). In diesem Sinne wirkt sie dem *Egoismus* entgegen (LSDSP, SAP). Sie appelliert an das Verantwortungsgefühl und ermutigt so zum Handeln. Das sozialdemokratische Verständnis des *Solidaritätsgedankens* ist durch verschiedene Aspekte gekennzeichnet, die sich in zwei Kategorien einteilen lassen: zum einen die Solidarität von Menschen untereinander und zum anderen die Solidarität, die den Staat und transnationale Vereinbarungen mit einbezieht.

In der ersten Kategorie kann *Solidarität* sowohl unter Menschen allgemein als auch unter bestimmten Individuen bzw. Gruppen bestehen. Die Solidarität unter Menschen allgemein bezieht sich auf die Verhältnisse, in denen diese Menschen eine gemeinsame Identität besitzen. Traditionell gilt dies für Arbeiter (PS BE, MSZP). Interessant ist, dass in keinem der Texte von *Parteigenossen* die Rede ist. Ein weiteres Beispiel für diese Form von Solidarität ist die *Solidarität zwischen den Generationen*. Diese wird oft und in mehreren Texten der genannten Parteien (SP.a, ČSSD, SD DK, SPD, LSAP und DNA) hervorgehoben und zugesichert. Darin spiegelt sich das sozialdemokratische Bestreben wider, die *generationenübergreifende Solidarität* als Wert zu verankern, auf dessen Basis den Herausforderungen des demographischen Wandels begegnet werden kann und Maßnahmen für die Zukunft festgelegt werden können (SDP, DNA und MLP stellen eine Verbindung zwischen *generationsübergreifender Solidarität* und *nachhaltiger Entwicklung* her). Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die Solidarität für die Parteien einen Weg zur Überwindung gesellschaftlicher Probleme darstellt, um allen eine bessere Zukunft gewährleisten zu können. Die *Solidarität* gilt daher all jenen, die Unterstützung benötigen (DNA). In diesem Sinne wird *Solidarität* zu einem Gedankengebäude, wie in einer Gesellschaft Spaltungen überwunden und mehr Zusammenhalt geschaffen werden könnte. Es gibt aber offensichtlich Situationen, in denen die Positionierung und Entscheidungsfindung sich eher schwierig gestaltet. Als Beispiel sei hier die Migration genannt. Damit erklärt sich vielleicht auch die Komplexität des Standpunktes der PvdA.

In der zweiten Kategorie bezieht sich *Solidarität* auf den Staat und transnationale Vereinbarungen. Vom Staat wird erwartet, dass er (direkt oder indirekt) dafür sorgt, dass *Solidarität* als *wirksamstes Instrument zur Durchsetzung gerechterer Lebensbedingungen* aufgefasst wird (SPÖ). Daher werden die Prinzipien, auf deren Basis der Arbeitsmarkt, das Bildungswesen und öffentliche Dienstleistungen organisiert werden sollten, von *Solidarität* geleitet. Die Verbindung von *Solidarität* und dem Grundprinzip des (Wohlfahrts-)Staates, die in der Mehrheit der Schriften präsent ist, lässt die Schlussfolgerung zu, dass aus Sicht der Sozialdemokratie der Staat in erster Linie dazu da ist, der Gesellschaft und ihren Mitglieder zu dienen.

Die *Solidarität*, die sich auf *transnationale Vereinbarungen* bezieht, wird in den Texten als *internationale Solidarität* bezeichnet. Das historische Verständnis der internationalen Solidarität lässt sich anhand des Wortlauts der Erklärung der PS BE zurückverfolgen. Dort heißt es, dass *die Emanzipation der Arbeiter nicht eine nationale, sondern eine internationale Angelegenheit* sei. Heute hat sich hier möglicherweise ein Wandel vollzogen, so dass die *internationale Solidarität* eher eine ideologische Antwort auf die Bedingungen der Globalisierung und der zunehmenden wechselseitigen Abhängigkeit von Staaten und Gesellschaften ist (BSP). Die *internationale Solidarität* umfasst alle Völker (SPÖ, LSAP) und schlägt sich in politischen Prinzipien und institutionellen Ansprüche nieder. Die politischen Prinzipien gründen auf der



*Solidarität mit den Menschen*, die unter Hunger, Armut, Unterdrückung, Kriegen und Naturkatastrophen leiden (SD DK, SDP). Die institutionellen Ansprüche beziehen sich auf die Solidarität zwischen hoch- und unterentwickelten Ländern (SP.a, LSAP). Der Zweck der *internationalen Solidarität* ist nach wie vor die Sicherung von Frieden, Stabilität und nachhaltiger Entwicklung.

*Gemeinschaft* ist ein Begriff, der von den meisten mit einer Gruppe von interagierenden Menschen assoziiert wird, die beispielsweise in räumlicher Nähe zusammen leben und gemeinsame Werte haben.<sup>69</sup> Obwohl *Gemeinschaft* nach dieser Definition eher eine Idee als einen Grundwert darstellt, wird sie in der Satzung der Irish Labour Party als dritter Grundwert genannt. Die Auflistung der ILP ist hier etwas besonderes, denn bei den Grundwerten der ILP wird statt der *Solidarität* die *Gemeinschaft* genannt. Da stellt sich die Frage, ob dies möglicherweise auf einen ideologischen Richtungswechsel hindeutet. Die von der Partei formulierte Definition umfasst die Ebene von Individuen und deren unmittelbares Umfeld, aber auch die globale Ebene. Mit dem Begriff des *Gemeinschaftssinns* umreißt sie den Rahmen, innerhalb dessen die Beziehungen zwischen den Menschen und ihrer Umwelt aufgebaut werden sollten, und liefert damit eine interessante Erklärung sozialdemokratischer Positionen zu Themen wie Individualisierung, Globalisierung und wechselseitige globale Abhängigkeit. In diesem Zusammenhang ist immer häufiger von *Respekt*<sup>70</sup> und *Würde*<sup>71</sup> die Rede. Zwei Parteien, SP.a und ČSSD, bezeichnen diese Begriffe sogar als Grundwerte. Am Rande sei hier angemerkt, dass diese beiden Begriffe auch im letzten Wahlmanifest der SPE vorkommen (2009). Dies ist vielleicht ein weiteres Zeichen für eine Verlagerung des Augenmerks vom bisher vorherrschenden Denken aus dem Blickwinkel des Kollektivs hin zu einer neuen Denkweise, welche den Ausgangspunkt vom Individuum in der Gemeinschaft nimmt.

### **3.6. Demokratie und Partizipation**

Die Sozialdemokratie bekennt sich schon mit ihrem Namen zur Demokratie als Regierungsform. Vier der untersuchten Parteien (BSP, SDP, PS FR, ILP) betrachten *Demokratie* als Grundwert – d. h. nicht ausschließlich als ein politisches System, sondern als ein erstrebenswertes Ideal. Die restlichen Parteien bedienen sich unterschiedlicher Definitionen, bei denen der eine oder andere beschreibende Aspekt stärker hervorgehoben wird.<sup>72</sup>

Die Analyse der Details der von den Parteien gegebenen Definitionen der *Demokratie* ergab, dass der Begriff entweder in Bezug zu einem institutionellen Kontext oder in Bezug zu den Akteuren im demokratischen System beschrieben wird. Neben diesen positiven Bezügen wird Demokratie aber auch als Abgrenzung gegen Totalitarismus (PS PT), jegliche Einschränkungen der Demokratie und gegen Extremismus (MSZP), gegen die Anwendung von Gewalt zur Erreichung politischer Ziele (ILP), gegen Korruption (SDE, ILP) sowie gegen jeglichen

<sup>69</sup> Es gibt viele Definitionen (aus der Soziologie, Psychologie, Anthropologie und Sozialphilosophie), die mit Begriffen wie soziale Netzwerke, soziales Kapital und Gemeinschaftssinn verbunden sind.

<sup>70</sup> *Respekt* steht für ein positives Gefühl (einer Person oder einer Instanz gegenüber) und für eine bestimmte Handlung (ein Verhalten, das diese Wertschätzung widerspiegelt). Er kann aus der Ethik abgeleitet werden oder ein Ausdruck von Hochachtung für gewisse, hochgeschätzte Eigenschaften sein.

<sup>71</sup> Der Begriff *Würde* kann im Kontext von moralischen, ethischen und natürlich auch politischen Diskussionen verwendet werden. Er ist Ausdruck der Anerkennung dafür, dass alle das gleiche angeborene Recht auf *Respekt* und ethische Behandlung haben. Der Begriff kommt aus den Theorien der Aufklärung.

<sup>72</sup> Auch in der Politikwissenschaft gibt es die unterschiedlichsten Beschreibungen von Demokratie.



Machtmissbrauch (SD SL), Willkür (PvdA) und Rassismus (SD SL) definiert werden. Auffällig ist, dass die Parteien bei der Nennung Gegensätze der Demokratie sehr von den Erfahrungen der jüngeren Vergangenheit ihrer jeweiligen Länder beeinflusst sind.

Beim Erklären der Bedeutung der *Demokratie* im institutionellen Kontext verbinden alle Parteien die Demokratie mehr oder weniger ausdrücklich mit *Respekt vor der Rechtsstaatlichkeit*. Es ist erkennbar, dass dieser Fokus in den Dokumenten der Parteien Mittel- und Osteuropas expliziter formuliert wird. Diese Parteien verweisen öfter und nachdrücklicher auf die Rechtsstaatlichkeit und demokratische Grundordnung ihrer jeweiligen Länder (BSP, ČSSD, SDE und SLD). Zusammenfassend ist festzuhalten, dass es hier nicht um unterschiedliche Auffassungen geht (da sich alle Parteien klar und deutlich zum demokratischen Prinzip bekennen), sondern um die politischen und historischen Rahmenbedingungen, in denen die Parteien agieren (Bedingungen, die einerseits von den noch lebendigen Erinnerungen an die Zeit vor 1989 geprägt sind und sich andererseits durch noch fragile Demokratien auszeichnen, die nach jeder Wahl mit politischen Unruhen zu kämpfen haben).

Die Forderung, dass *Demokratie* auf allen Ebenen (lokal, regional, national, europäisch, international) zu wahren ist, wird von mehreren Parteien aufgegriffen. Die Verlagerung von Macht auf die europäische und internationale Ebene sei eine natürliche Konsequenz der Globalisierung, durch die das Zusammenspiel der Staaten bei vielen transnationalen Prozessen zunehme, während die Macht der Einzelstaaten abnehme. Antworten auf neue Herausforderungen wie Klimaschutz und demographischen Wandel müssten auf transnationaler Ebene gefunden werden (SPD). Die Parteien gehen bei der Beschreibung dieser beiden Ebenen der Demokratie zwei Fragen nach, nämlich *wie* die diese Ebenen aufgebaut sein sollten und *welchen Zweck* sie erfüllen sollten. Bei der ersten Frage befassen sich die Parteien mit der demokratischen Legitimierung der internationalen Institutionen (SP.a, SD DK und SAP). Unter anderem sei es das Vorrecht dieser Institutionen, legitime, demokratische Kontrolle über das Kapital auszuüben (SDP), denn es sei die Demokratie, die die Bedingungen der (globalen) Wirtschaft festlege (SAP). Gleiches gelte für die Demokratisierung Europas (SP.a, SD DK). Die zweite Methode beschreibt die Ziele, die mit dem globalen Streben nach *Demokratie* einhergehen. Unter anderem sind dies die Gewährleistung der Menschenrechte für alle (PASOK), Frieden und die Abschaffung von Terror, der Todesstrafe und Folter (SPÖ). Es sei hier angemerkt, dass die Parteien den Begriff *Demokratie* detailgenauer und konkreter im Zusammenhang mit dem Nationalstaat erklären als im Kontext von europäischen oder institutionellen Einrichtungen. Darüber hinaus fällt auf, dass die gesamte institutionelle Diskussion in der EU, die die ersten Jahre des neuen Jahrhunderts prägte, sich in den einzelnen Parteiprogrammen kaum wiederfindet.

Des Weiteren wird die *Demokratie* in Bezug auf die Akteure interpretiert, die in diesem System eine wesentliche Rolle spielen. Das beruht im Allgemeinen auf dem Gedanken, dass *Demokratie* sich über die Rechte und Pflichten (Verantwortlichkeiten) derjenigen definiert, die durch ihr Handeln die Demokratie erschaffen, erhalten und entwickeln. Von den Parteien werden in ihren jeweiligen Texten vier verschiedene Kategorien von Akteuren genannt: einzelne Bürger, Nichtregierungsorganisationen, Medien und politische Parteien.



Obwohl die Führungs- und Entscheidungsaufgaben in einer repräsentativen Demokratie nur einigen wenigen obliegen, sind es die Bürger in ihrer Gesamtheit, die durch ihre Stimmabgabe an der Verantwortung für politische Entscheidungen beteiligt sind (SPÖ, SD DK). Sie haben ein Recht auf Mitbestimmung (SDP), das aber auch eine Mitverantwortung für die getroffenen Entscheidungen mit sich bringt (SDP, PASOK). Einige Parteien bezeichnen diese Mitwirkung als staatsbürgerliche Pflicht (DNA). Dieser »Pflichtbeitrag« der Bürger hat jedoch bei den verschiedenen Parteien einen ganz unterschiedlichen Stellenwert. Die aktive Partizipation hängt mit Auffassung zusammen, dass Dezentralisierung und Mitwirkungsmöglichkeit auf lokaler Ebene ein effektives Mittel zur Einbindung der Bürger sind. Das muss jedoch im Sinne eines Konzepts, das die PvdA *vielseitige* Demokratie nennt, mit der Umsetzung der *Demokratie* auf höheren Ebenen einhergehen. Im Allgemeinen gehen die Parteien nicht auf die Frage der Rechte und Pflichten von Bürgern ausländischer Herkunft ein. Eine Ausnahme bildet jedoch die SPÖ mit der Forderung, dass diese in das politische Leben integriert und auch in Arbeits- und Sozialpolitik berücksichtigt werden müssen.

Die sozialdemokratischen Parteien messen der Zivilgesellschaft und ihren Organisationen eine grundlegende Bedeutung bei (SDE). Zu deren Aufgaben gehören unter anderem die Bewusstseinsbildung und die Förderung der politischen Willensbildung in der Gesellschaft (SPÖ). Der Dialog mit den Bürgern ist ein wichtiges Mittel der politischen Auseinandersetzung (SDP). Bei allen Parteien finden die Gewerkschaften in diesen Abschnitten ihrer jeweiligen Texte kaum Erwähnung, obwohl einige das Thema *Demokratie* in der Arbeitswelt aufgreifen (SPÖ) und erklären, dass in einer *Demokratie* das Individuum Einfluss auf die Wirtschaft nehmen könne (SD DK, SAP). Es findet sich auch kein Hinweis auf ein mögliches Bündnis von Zivilgesellschaft und politischen Parteien. Sie tragen jedoch gemeinsam Verantwortung für die Erfüllung bestimmter Aufgaben.

Die Medien stehen im Dienst der Öffentlichkeit (SD DK) und haben daher die Aufgabe, die Menschen mit relevanten Informationen zu versorgen. Dies ist eine Grundanforderung der *Demokratie*. Die Medienvielfalt (SD DK), in der sich die Meinungs- und Pressefreiheit widerspiegelt (SAP), sichert den Bürgern eine objektive Auswahl. Daher ist es wichtig, dass die Medien nicht monopolisiert werden, sondern sich im Besitz verschiedenster Träger befinden (ILP). Im Text der SAP wird betont, dass die Verbreitung von Wissen und Bildung im Verantwortungsbereich der *öffentlichen (nichtkommerziellen) Medien* liege.

*Bildung* spielt eine entscheidende Rolle bei der Emanzipation der Bürger und ihrer Befähigung und Ermutigung zur Teilnahme an demokratischen Prozessen. Sie steht in direktem Zusammenhang mit dem Prinzip der Chancengleichheit für alle. Es sind insbesondere drei skandinavische Parteien (SD DK, DNA und SAP), die der Bildung eine außerordentlich hohe Bedeutung beimessen. Der Zugang zu Kenntnissen, Einsichten, Fertigkeiten und kognitiven Kompetenzen ist die Voraussetzung für die Befähigung der Menschen zur Teilnahme an der Politik (DNA). Daher muss das Bildungssystem den Menschen die Fertigkeiten vermitteln, gezielt nach unterschiedlichen Informationen zu suchen und diese kritisch analysieren zu können (SD DK, DNA). Politische Bildung muss in allen Gruppen und allen Lebensphasen stattfinden (SAP). Dieses Verständnis von einer der Rollen der Bildung und von der gegenseitigen Abhängigkeit von Bildung und Demokratie legt den Gedanken nahe, dass die parteiinterne Schulung, die eine der Traditionen der sozialistischen Bewegung darstellt, möglicherweise neu überdacht werden sollte.



Abschließend ist festzuhalten, dass mehrere Parteien auch auf die Rolle von politischen Parteien in der *Demokratie* eingehen, für die ein Mehrparteiensystem Voraussetzung ist (SAP). Zu den Aufgaben politischer Bewegungen gehört neben der Mobilisierung von Wählern (SDE) auch die Bewusstseinsbildung und die Förderung von Partizipation (SDP). Politiker und jegliche gewählte Strukturen sind immer rechenschaftspflichtig gegenüber dem Volk (SD DK, DNA). Gegenwärtig ist ein deutlicher Vertrauensverlust in Politik und Politiker zu verspüren. Insbesondere die Sozialdemokratie ist aufgerufen, hier eine Trendwende zu bewirken (SDP).

### 3.7. Humanismus und Säkularismus

*Humanismus*<sup>73</sup> könnte eher als Geisteshaltung denn als eigenständiger Wert aufgefasst werden. Mehrere Parteien bezeichnen den *Humanismus* als ihr *Erbe*, in dem auch ihre aktuellen Überzeugungen verankert sind (PS FR, PSD, BSP und DNA). Von anderen Parteien wird er aber auch als Grundwert genannt – so in den Texten der BSP, ČSSD und SDP. Letztere setzt ihn explizit an die fünfte Stelle in der Auflistung ihrer Grundwerte. Der zeitgenössische *Humanismus*<sup>74</sup> beinhaltet zwei Gedanken, die für die Sozialdemokratie des 21. Jahrhunderts von großer Bedeutung sein können. Der erste Gedanke, bei dem die Vernunft im Mittelpunkt steht, ist leicht mit den Strategien zu verbinden, die von den Progressiven im Hinblick auf ihre Grundwerte verfolgt werden wie beispielsweise Bildung. Aus diesem Blickwinkel betrachtet geht es bei Bildung nicht nur um die Befähigung von Individuen, sondern auch um die Schaffung einer allgemeinen Gesellschaftsethik. Von hier spannt sich der Bogen zu der Rolle, die das Bildungswesen nach Ansicht der Progressiven im Kontext der modernen Demokratie spielen sollte. Der zweite Gedanke ist der Optimismus. Dies ist eine Haltung, die sich die progressive Bewegung nur mit Mühe zu eigen machen kann, denn diese Bewegung gründet auf der historischen Kritik und hat sich dem Kampf gegen jegliches Unrecht verschrieben. In jüngerer Vergangenheit wurde behauptet, dass die europäische Sozialdemokratie (wie auch progressive Bewegungen in aller Welt) immer weniger auf das Prinzip Hoffnung setze<sup>75</sup> und stattdessen als eine Bewegung gelte, auf deren Politik man in schwierigen Zeiten (Armut, Arbeitslosigkeit usw.) zurückgreifen könne. Dem wird entgegnet, dass es in Krisenzeiten beim Kampf um den Erhalt des Sozialsystems schwierig sei, Optimismus an den Tag zu legen. Eine Lösung für dieses Dilemma wäre vielleicht wirklich ein *humanistischer* Glaube an die Menschen.

Mit *Säkularismus*<sup>76</sup> wird die Trennung von Staat (staatlichen Einrichtungen) und Religion (Kirchen und Kirchenvertreter) bezeichnet. Dies wurde bereits angesprochen, da der Säkularismus in den Texten der

<sup>73</sup> Der *Humanismus* wird insbesondere in den Sozialwissenschaften und der Philosophie als ein Ansatz bezeichnet, der sich mit *menschlichen Werten* und Interessen befasst und davon ausgeht, dass der Mensch von Natur aus gut ist. In einigen Definitionen wird zwischen säkularem und religiösem Humanismus unterschieden. Moderne Humanisten (wie Corliss Lamont) vertreten die Ansicht, dass die Menschheit durch Vernunft und Beobachtung nach der Wahrheit suchen müsse und dass Entscheidungen über Recht und Unrecht auf individuellen und gemeinsamen Gütern basieren sollten. Der moderne Humanismus vertritt auch ein eingeschränkt optimistisches Menschenbild: Er hält die menschliche Natur weder für unrein noch für vollkommen, ist aber der Überzeugung, dass die Menschen ihren Idealen gerecht werden können, wenn sie von anderen und von der Gesellschaft Hilfe erhalten.

<sup>74</sup> Der *Humanismus* richtet traditionell sein Augenmerk auf das Individuum. Eine seiner Voraussetzungen ist, dass alle Menschen gleichwertig sind. Daher haben auch alle Anspruch auf die gleichen Menschenrechte, auf ein Leben in Würde und auf Selbstbestimmung. Die Betonung der menschlichen Natur gilt als Notwendigkeit, um der Menschheit einen adäquaten Platz in der modernen, fortschrittlichen Welt zu sichern.

<sup>75</sup> Der Wahlkampf von Präsident Obama war hier eindeutig eine Ausnahme.

<sup>76</sup> Dies bedeutet, dass keine Religion als Staatsreligion anerkannt wird und dass die religiösen Überzeugungen aller Beamten in der Regierung, der Legislative und der Justiz reine Privatangelegenheit sind. Gleichzeitig gibt es einige Definitionen des *Säkularismus*, in denen mit Nachdruck das Recht aller auf Religionsfreiheit und freie Glaubensausübung enthalten ist. So könnte der *Säkularismus* also mit zwei Grundwerten der Sozialdemokratie in Verbindung gebracht werden, nämlich der Freiheit und der Gleichheit (wonach alle Menschen ungeachtet ihrer philosophischen Überzeugungen gleich sind). Im Verständnis mancher Menschen geht *Säkularismus* mit Antiklerikalismus

Parteien sowohl bei der Beschreibung ihres Erbes und ihres Selbstbildes als auch in den folgenden Abschnitten vorkommt. Für einige Parteien stellt der *Säkularismus* einen *Wert* bzw. ein *Prinzip* dar. Die LSAP und PS FR bezeichnen ihn als Prinzip und die PASOK ist die einzige Partei, die ihn als Wert bezeichnet. Wie weiter oben erwähnt, gibt es einige Unterschiede in den Ansätzen bei den Parteien, die einen *Säkularismus* befürworten. Beispielsweise ist *Säkularismus* für die LSAP direkt mit Antiklerikalismus verknüpft.<sup>77</sup>

### **3.8. Sicherheit, Frieden und Internationalismus**

*Sicherheit* bezeichnet Schutz vor Gefahr, was für viele verschiedene Zusammenhänge gelten kann. Sie wird nur von der LSAP als einer von vier Grundwerten genannt. Zu der Erklärung der LSAP und den aktuellen Diskussionen um die Erneuerung der Sozialdemokratie sind in diesem Zusammenhang zwei Dinge anzumerken: Zum einen, dass das 21. Jahrhundert bis jetzt ein Jahrhundert der Unsicherheit ist. Die Terroranschläge vom 11. September und die darauffolgenden Phasen und Dimensionen der globalen Krisen lösten in der europäischen wie der Weltbevölkerung ein überwältigendes Gefühl der Angst aus. Über Sicherheit zu sprechen und sie zu einem Grundwert zu machen, könnte eine sinnvolle Reaktion auf diese Ängste sein. Zum anderen weisen die Auslegungen der LSAP auf mehrere Bedeutungen von *Sicherheit* als einen Wert, der sich in politischen Prinzipien widerspiegelt, die in Bezug auf neue Herausforderungen wie die Entwicklung neuer Technologien, Biotechnologien usw. zum Tragen kommen. Dies ist ein anschauliches Beispiel dafür, wie die Bedeutung bestimmter Konzepte modifiziert wird, wenn sie in eine moderne Realität übertragen werden. Damit wird die Notwendigkeit ständiger Erneuerung und Anpassung bestätigt.

Die Frage der *internationalen Solidarität* wurde oben bereits thematisiert. Als ihr Ziel wurde die Sicherung von *Frieden, Stabilität und nachhaltiger Entwicklung* genannt. Daraus könnte man folgern, dass *Frieden* eher als eine Art Weltordnung denn als ein Grundwert zu verstehen ist. Damit wäre man wieder bei den trockenen Definitionen der Wörterbücher angelangt, die *Frieden* als Zustand der Harmonie ohne gewaltsamen Konflikt (Krieg) bezeichnen. Dessen ungeachtet muss zur Kenntnis genommen werden, dass es in der Sozialdemokratie durchaus die Tendenz gibt, *Frieden* als einen Grundwert zu begreifen. Dies ist verstärkt in Europa zu beobachten, wo die EU als eine auf gemeinsamen Werten beruhende Gemeinschaft betrachtet wird und *Frieden* einer dieser Werte ist. Drei der Parteien, deren Texte analysiert wurden, bezeichnen *Frieden* als Wert (BSP, PASOK, PS FR) und erklären ihn zum Ideal. Gleichzeitig werden die Bedingungen aufgezählt, die zum Erreichen und zum Erhalt des Friedens zu erfüllen sind.

Die Ausführungen der PS FR verweisen zusätzlich auf den *Internationalismus*. Dieser könne als Prinzip für ein komplexes, vielgestaltiges, globales Handeln aufgefasst werden, das auf der Basis von Kooperation zwischen den verschiedenen Akteuren zu einer Welt des Friedens, des Gleichgewichts, der Menschenrechte, der sozialen Gerechtigkeit und der Demokratie führen werde. Für die PS FR ist der Internationalismus auch der Schlüssel zur Lösung von Problemen wie der Migration. Dadurch wertet die PS FR die Migration eher als globale

---

einher, womit eine historische Bewegung bezeichnet wird, die sich gegen die Macht und die (reale oder vermeintliche) Einflussnahme von religiösen Institutionen in allen Bereichen des öffentlichen und politischen Lebens richtet.

<sup>77</sup> Aufgrund der europäischen Geschichte werden Standpunkte zu Religion, Religionsfreiheit und der Stellung der Kirche im öffentlichen Leben allgemein (wenn auch nicht ausdrücklich) mit den christlichen Kirchen (katholisch, orthodox, protestantisch) in Verbindung gebracht. Der Islam ist da noch nicht mit einbezogen, obwohl er eine so wichtige Rolle in allen aktuellen Diskursen zu Migration und gesellschaftlichem Wandel spielt.

Angelegenheit denn als rein innerstaatliches Problem. Dies ist eine wichtige Feststellung, denn diesem Thema wird man sich von verschiedenen Seiten nähern müssen, was zukünftig möglicherweise zu weiteren Abweichungen unter den Parteien führen könnte.

Die Sozialdemokratie stellt sich nachdrücklich als internationalistische Bewegung dar. Dies ist vielleicht der Grund, warum sie selten mit Begriffen wie Patriotismus,<sup>78</sup> Souveränität,<sup>79</sup> nationaler Identität und nationaler Kultur<sup>80</sup> in Verbindung gebracht wird. Das sind Begriffe, die häufiger mit der politischen Rechten assoziiert werden. Allerdings ist diese Verallgemeinerung wohl weder im Hinblick auf die tatsächlichen Definitionen der Begriffe noch auf der Grundlage der analysierten Schriften der einzelnen Parteien gerechtfertigt. Für zwei Parteien – BSP und MSZP – gilt der *Patriotismus* als Wert. *Souveränität (sowohl des Volkes als auch des Staates)* wird von der PASOK als Wert genannt. Und schließlich hält die SDE die nationale Kultur als Wert hoch. Alle genannten Begriffe finden sich auch in den Texten vieler der Parteien (SPÖ, BSP, SP.a, ČSSD, SD DK, SDE, PS FR, PASOK, MSZP, ILP, MLP, PS PT und PSD). Sie tauchen dort im Zusammenhang mit spezifischen Themen auf. Zur Verdeutlichung dessen soll hier ein Beispiel aus dem Bereich der nationalen Kultur angeführt werden: für die irische LP und die maltesische MLP ist der Erhalt der Nationalsprache von zentraler Bedeutung, während die nationale Identität bei der SPÖ und der SDE eine große Rolle spielt. SP.a, SDP und PS FR sind sich einig, dass die Kultur den Rahmen für das gesellschaftliche Zusammenleben definiert. Die PSD betont die Bedeutung des nationalen Interesses, der nationalen Integrität und Souveränität. Die Verbundenheit mit *Patriotismus* und *Souveränität* sowie mit *kulturellen* Merkmalen ist bei jenen Parteien stärker ausgeprägt, deren Länder unter Besetzung, repressiven Regimen und Fremdherrschaft zu leiden hatten. Für die Staaten Südeuropas liegen diese Erfahrungen in nicht allzu ferner Vergangenheit, während sie in den Staaten Mittel- und Osteuropas noch ganz frisch im Gedächtnis haften. Entschlossene Unterstützung für das eigene Land kann sich auch in der aktiven Unterstützung des Wohlfahrtsstaates äußern und kann daher in direktem Zusammenhang mit einer sozialdemokratischen Agenda stehen.<sup>81</sup>

### 3.9. Fortschritt und Progressive

Für zwei Parteien (PS FR und MSZP) gehört Fortschritt zu den Grundwerten. Es lohnt sich, diesen Begriff näher zu betrachten, insbesondere da moderne Sozialdemokraten sich oft als *Progressive* bezeichnen.<sup>82</sup> Einerseits kann man sich damit von den Konservativen abgrenzen, andererseits auch auf die Modernisierung und Offenheit der Bewegung hinweisen. Die PS FR bezeichnet den Fortschritt als Grundwert, weil er ein Zeichen für die Verbesserung aller Lebensbedingungen ist. Die Voraussetzung, dass für den *Fortschritt* die

<sup>78</sup> *Patriotismus* bedeutet die emotionale Verbundenheit mit dem eigenen Land und den Landsleuten.

<sup>79</sup> Mit der *Souveränität* besitzt ein Staat die höchste, unabhängige Autorität über das eigene Hoheitsgebiet. Sie ist mit *Selbstbestimmung* verbunden, einem völkerrechtlichen Prinzip, das den Völkern das Recht einräumt, souverän über ihren eigenen politischen Status zu entscheiden.

<sup>80</sup> Für den Begriff *Kultur* gibt es mehrere Definitionen. Im aktuellen Kontext ist mit Kultur eine Reihe von gemeinsamen Auffassungen, Werten, Zielen und Praktiken gemeint, die eine Gruppe oder eine Institution charakterisieren.

<sup>81</sup> Im Hinblick auf die aufgezählten Begriffe könnte man ein gewisses Vakuum zwischen den Programmen der nationalstaatlichen Parteien und der europäischen Ebene konstatieren. Dieses Vakuum sollte vielleicht mit neuen Konzepten gefüllt werden, die auch einen ersten Schritt in Richtung einer zukünftigen europäischen Identität und einem europäischem Patriotismus darstellen würden. Möglicherweise ist dies der richtige Zeitpunkt für die Umsetzung von Vorschlägen aus den Erneuerungsdebatten, wie z. B. die *kosmopolitische Sozialdemokratie*.

<sup>82</sup> Nähere Details zu dieser Debatte finden sich bei A. Gusenbauer, *Making progress a meaningful concept*, in: *Queries – FEPS Scientific Magazine; Next Left: Social Progress for 21st century*, FEPS 2011, [http://www.feps-europe.eu/uploads/queries/2011\\_07/#11](http://www.feps-europe.eu/uploads/queries/2011_07/#11)

Zusammenarbeit der Menschen nötig ist und dass seine Errungenschaften allen Menschen zugutekommen sollen, macht ihn zu einem gesellschaftlichen Konzept. Aus dieser Sicht kann der allmähliche Wandel des Etiketts *sozialdemokratisch* zu *progressiv* auch als Hinweis darauf gelten, dass die Sozialdemokratie bereit ist, auf eine neue Mission aufzubrechen, die nicht mehr auf die Umverteilung der Produktionsmittel abzielt, sondern auf eine gerechte Verteilung der Anteile an der Entwicklung der Zivilisation. *Fortschritt* ist also häufig mit *Offenheit* verbunden, die von den Parteien gerne als eine für sie typische Eigenschaft gesehen wird. In diesem Sinne könnte *Progressivismus* auch für die Betonung der Inklusivität der Bewegung stehen, die beispielsweise von der PS PT als das Ziel erklärt wird, *offen für Diversität, Initiative, Innovation und Fortschritt* zu sein.

## Schlussbemerkung

*Dieser Artikel entstand als Zusammenfassung der Ergebnisse einer über ein Jahr dauernden Studie, die im Rahmen des Forschungsprojekts Next Left bei der FEPS durchgeführt und zunächst in Band 4 »Progressive values for the 21<sup>st</sup> century« der Buchserie von FEPS-Next-Left veröffentlicht wurde. Inhaltlich bestand die Studie aus drei Hauptsäulen. Die erste enthielt methodologische Überlegungen. Sie waren grundlegend für die Auswahl und Kategorisierung der Quellen. Die zweite Säule enthielt eine vergleichende Analyse der ideologischen Texte der SPE-Mitgliedsparteien, während die dritte eine Gegenüberstellung der Ergebnisse mit den Beobachtungen der programmatischen Entwicklung der SPE zwischen 1992 und 2009 war.*

*Im Mittelpunkt des hier vorliegenden Artikels steht der zweite Teil der Studie, in der deutliche Unterschiede zwischen den europäischen sozialdemokratischen Parteien in Bezug auf ihre Formulierung von Grundwerten herausgearbeitet wurden. Zunächst einmal wurde die Unterschiedlichkeit der Formate aufgezeigt, in denen die Parteien ihre Grundwerte und Überzeugungen zum Ausdruck bringen: in Deklarationen (Grundsatzprogrammen), Parteiprogrammen, Wahlmanifesten und Statuten/Satzungen. Als nächstes wurde dargelegt, inwieweit die Grundwerte von universellen (häufig abstrakten) Ideen in konkrete politische Prinzipien und Organisationsstrukturen übertragen werden. Im Zusammenhang mit der europaweiten Debatte über die Erneuerung der Sozialdemokratie sind hier drei Schlussfolgerungen zu ziehen: Erstens sollte die ideologische Debatte im in einen offenen und partizipatorischen Erneuerungsprozess eingebettet sein. Das ist unabdingbar, wenn die Erneuerung legitimiert und glaubwürdig und somit erfolgreich sein soll. Zweitens ist eine Übertragung des Grundwertesystems in konkrete politische Maßnahmen notwendig, die ein Gleichgewicht zwischen einer neuen inspirierenden Vision und methodischen Implikationen herstellen, um eine auf Werten basierende Politik sicherzustellen. Das könnte zur Überwindung der aktuellen Krise beitragen. Drittens ist nicht nur die Relevanz der Grundwerte von Bedeutung, sondern auch der Prozesses, der zu ihrer Identifizierung und Annahme führt, der mit Modernisierung und Offenheit einhergehen muss. Nur wenn in diesem Prozess jedem Einzelnen die Mitwirkungsmöglichkeit eingeräumt wird, kann ein Gefühl der Identität und Mitverantwortung entstehen. Der Prozess mag sich über einige Zeit und mehrere »Diskussionsrunden« hinziehen, aber das ist notwendig, um historische Reflexionen zu ermöglichen und eine gemeinsame ideologische Mission für eine neue Gesellschaft in Gang zu setzen.*



*Dieser Artikel bietet einen detaillierten Vergleich der Grundwerte, wie sie von den Mitgliedsparteien der SPE aufgelistet und interpretiert werden. Einige Beobachtungen sind es wert in die Schlussbemerkungen einzufließen: Erstens interpretiert die Mehrheit der Parteien die Grundwerte ausschließlich in einem nationalen Kontext. Der internationale oder europäische Rahmen wird meist überhaupt nicht erwähnt – und falls doch, nur als zusätzlicher Aspekt am Rande aufgegriffen. Solange dies sich nicht ändert, ist ein echtes Wiedererwachen des internationalistischen Geistes oder eine Beschleunigung der europäischen Identitätsbildung nur schwer vorstellbar – weder parteiübergreifend noch parteiintern. Zweitens scheint es klar, dass die Werte in ihren traditionellen Interpretationen vielleicht nicht länger als Grundlage für einen umfassenden Gesellschaftsvertrag ausreichen. Daher ist in Bezug auf die Grundwerte ein Umdenken erforderlich und ebenso muss über die Unterschiede zwischen den Parteien nachgedacht werden. Die sich daraus ergebenden neuen Vorschläge könnten in einer guten europaweiten Debatte auf fruchtbaren Boden fallen. Drittens kam in der Studie zum Ausdruck, dass die Sozialdemokratie nicht sofort Antworten auf alle Herausforderungen parat hat, die traditionell nicht als grundlegende Probleme für die Sozialdemokratie gelten. Und schließlich scheint es vor dem Hintergrund der analysierten Dokumente, dass die Sozialdemokratie insgesamt auf der Suche nach ihrem Platz und ihrer Mission ist. Es tun sich viele Fragen auf, die von historischer Tragweite sind und den laufenden Erneuerungsprozess so bedeutsam machen. Die sozialdemokratische Tradition ist mit Sicherheit reich genug, um auf ihr aufzubauen, aber auf die Frage, was für eine Gesellschaft sie aufbauen möchte und wie sie das erreichen will, müssen neue auf Werten beruhende Antworten gefunden werden. Auch eine Wiederbelebungskraft ist in der Bewegung selbst und in ihren vergessenen Traditionen zu finden – wie etwa der Glaube an den Humanismus, der mit seiner optimistischen Natur die Sozialdemokratie wieder zu einer guten politischen Alternative für die Zukunft machen kann.*

## Annex 1 – Politische Parteien

Tabelle 3: SPE-Mitgliedsparteien und Abkürzungen

Party	Country	Full Name
<b>SPÖ</b>	Österreich	Sozialdemokratische Partei Österreichs
<b>SP.a</b>	Belgien	Socialistische Partij Anders
<b>PS BE</b>	Belgien	Parti Socialiste
<b>BSP</b>	Bulgarien	Bulgarska Sotsialisticheska Partiya
<b>ČSSD</b>	Tschechische Republik	Ceská strana sociálně demokratická
<b>SD DK</b>	Dänemark	Socialdemokraterne
<b>SDE</b>	Estland	Sotsiaaldemokraatlik Erakond
<b>SDP</b>	Finnland	Suomen Sosialidemokraattinen Puolue
<b>PS FR</b>	Frankreich	Parti Socialiste
<b>SPD</b>	Deutschland	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
<b>PASOK</b>	Griechenland	Panellinio Sosialistiko Kinima
<b>MSZP</b>	Ungarn	Magyar Szocialista Párt
<b>ILP</b>	Irland	Labour Party
<b>LSDSP</b>	Lettland	Latvijas Socialdemokratiska Strādnieku Partija
<b>LSDP</b>	Litauen	Lietuvos Socialdemokratu Partija
<b>LSAP</b>	Luxemburg	Lëtzebuurger sozialisteschen Aarbechterpartei (LSAP)
<b>MLP</b>	Malta	Partit Laburista
<b>PvdA</b>	Niederlande	Partij Van De Arbeid
<b>DNA</b>	Norwegen	Det Norske Arbeiderparti (seit April 2011: Arbeiderpartiet AP)
<b>SLD</b>	Polen	Sojusz Lewicy Demokratycznej
<b>PS PT</b>	Portugal	Partido Socialista
<b>PSD</b>	Rumänien	Partidul Social Democrat
<b>SD SL</b>	Slowenien	Socialni Demokrati
<b>PSOE</b>	Spanien	Partido Socialista Obrero Español
<b>SAP</b>	Schweden	Sveriges Socialdemokratiska Arbetareparti
<b>LP UK</b>	Vereinigtes Königreich	Labour Party

## ***Annex 2 – Inhaltsverzeichnis***

GRUNDWERTE DER SOZIALDEMOKRATIE.....	1
Eine vergleichende Analyse der ideologischen Vorstellungen der Mitgliedsparteien der SPE.....	1
Präzisierung einer Definition von Werten.....	2
Klassifizierung der Dokumente mit den Grundwerten .....	3
2.1. Deklaration, Parteiprogramm, Wahlmanifest und Satzung .....	3
2.2. Ex-ante- oder Ex-post-Erneuerungsprozess? .....	6
2.3. Inspirierende Vision und methodische Erklärung .....	7
2.4. Die Rolle der Menschen und der Gesellschaft .....	8
2.5. Die Rolle des historischen Erbes.....	9
2.6. Das Selbstbild: Modern und offen.....	10
2.7. Ideologische Mission für eine neue Gesellschaft .....	12
Identifizierung der Grundwerte .....	14
3.1. Das Konzept der Grundwerte .....	14
3.2. Freiheit und Emanzipation .....	17
3.3. Gleichheit .....	21
3.4. Gerechte Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums und der Arbeit.....	23
3.5. Solidargemeinschaften .....	25
3.6. Demokratie und Partizipation .....	27
3.7. Humanismus und Säkularismus.....	30
3.8. Sicherheit, Frieden und Internationalismus .....	31
3.9. Fortschritt und Progressive .....	32
Schlussbemerkung.....	33
Annex 1 – Politische Parteien.....	35
Annex 2 – Inhaltsverzeichnis .....	36